

Bezugspreis: Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelnenpreis: Die schmalformatige Kompaktbeilage ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 24. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Hamburg unter Ausnahmezustand!

Hamburg, 23. März. (W.T.B.) Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg macht bekannt, daß in Anbetracht der Vorkommnisse auf der Werft Blohm u. Voß und in anderen Betrieben mit sofortiger Wirkung der Ausnahmezustand über Hamburg verhängt ist.

Die vollziehende Gewalt während des Ausnahmezustandes ist dem Senator Hense übertragen worden, der gleichzeitig zum Regierungskommissar ernannt worden ist.

Der Anfang.

Hamburg, 23. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Wie bekannt, hatte schon seit einigen Tagen die „Hamburger Volkszeitung“ ebenso wie die Berliner „Rote Fahne“ in unverantwortlicher Weise zu Gewalttaten gehetzt. ...

ganze Anzahl Verwundeter zu beklagen. Auf dem Holstenplatz kam es ebenfalls zu einer Schlägerei, da auch hier die Menge der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht Folge leistete. ...

Die ersten Opfer.

Hamburg, 23. März. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen sind bei den Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Polizei nicht weniger als 20 Tote zu verzeichnen, unter denen sich auch eine Anzahl Polizeibeamte befinden. ...

Die auf 5 Uhr nachmittags angelegte Rundgebung auf dem Heiligengeistfeld konnte wegen starker Absperrung durch Stacheldraht, Panzerautos und Polizeimannschaften nicht vor sich gehen. ...

Auf der Reeperbahn in Hamburg kam es nach einer Woff-Werdung in der Nähe des Hochbahnhofs am Millerntor zu Zusammenstößen. Auf die Aufforderung zum Auseinandergehen wurde die Ordnungspolizei aus der Menge mit Bierflaschen bombardiert. ...

Der A.D.G.B. gegen den Putschismus.

Der Ausschuss des A.D.G.B. nahm in seiner Sitzung am 23. März folgende Entschlieung an:

Die Streikbewegung im mitteldeutschen Industrie- und Gewerbegebiet, die von kommunistischer Seite zu putschistischen Zwecken vom Zaune gebrochen ist, und die man jetzt zu einem Generalstreik der Gesamtarbeiterschaft auszuweiten bemüht ist, bedeutet eine schwere Gefährdung für die deutsche Wirtschaft, unter der die Arbeiterschaft selbst in hohem Maße leiden muß.

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes legt Wert darauf, festzustellen, daß diese Bewegung nichts zu tun hat mit gewerkschaftlichen Bestrebungen, sondern einzig und allein von der Absicht geleitet ist, katastrophale Situationen zu schaffen.

Die Gewerkschaftsleitungen haben die Arbeiterschaft schon wiederholt gewarnt, solchen kommunistischen Parolen zu folgen, und sie können angesichts der gegenwärtigen Generalstreikbewegung diese Mahnung nur auf das dringendste erneuern. An den gewerkschaftlichen Organisationen darf diese Streikhege keinerlei Rückhalt finden.

Der Putsch in Mitteldeutschland.

Schwere Kämpfe in Eisleben.

Eisleben, 23. März. (W.T.B.) (8 1/2 Uhr abends.) Der Nachmittag brachte lebhaftes Schlägereien in den Straßen. Die Kommunisten begünstigten sich nicht, die Schutzpolizei von der Straße zu verdrängen, sondern warfen auch Handgranaten in die Polizeiwache im Rathaus. ...

der gegen 8 Uhr eintraf wurde von den Streikenden an der Weiterfahrt gehindert.

Eisleben, 23. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Schutzpolizei ist in ihrem Quartier (Mädchenschule) von Kommunisten eingeschlossen und wird mit Maschinen-gewehren beschossen.

In Bimmelburg bei Eisleben ist es heute nachmittag zu einem Gefecht zwischen der Schutzpolizei und bewaffneten Kommunisten gekommen. Die Schutzpolizei hatte bis gegen 6 Uhr abends an Verlusten einen Toten, zwei Schwerverletzte und zwei Leichtverletzte.

Die Anarchie in Mansfeld.

Magdeburg, 23. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Aus Eisleben werden um 12 Uhr nachts heftige Schlägereien zwischen Kommunisten und der eingeschlossenen Sicherheitspolizei gemeldet. In Mansfeld ist die Lage sehr ernst. Die Kreiskommunalkasse wurde geplündert, ihr Inhalt, 192 322 M., wurde geraubt, ein Angestellter verwundet. Die Gefangenen wurden aus dem Gefängnis befreit. Mansfeld ist im Augenblick ohne jeden polizeilichen Schutz.

Merseburg, 23. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Hettstedt wurden einzelne Beamte der Schutzpolizei entlassen und verschleppt. Durch sofortige Gegenaktion konnte ein Teil befreit werden. Ein Sturm auf ein Waffengeschäft wurde zurückgewiesen.

Gefängnisstürmer.

Naumburg, 23. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Kommunistische Arbeiter im Leunowert, das große Stichtoffwerk bei Naumburg mit einer Belegschaft von 22 000 Mann, haben sich mit Handgranaten und Schußwaffen bewaffnet und dann die Werke besetzt. Es wird ein Angriff auf die Gefängnisse in Naumburg und Halle erwartet.

Der Raubzug durch Mitteldeutschland.

Helbra, 23. März. (W.T.B.) Die Räuberbande, die heute vormittag die Kreispartakasse in Mansfeld überfallen und ausgeraubt hat, war zuvor nachts in Helbra eingedrungen und hatte die Volkshank und das Kreisparlament ausgeraubt. ...

Hölz verhaftet?

Quedlinburg a. S., 23. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Quedlinburg wurde ein aus dem Mansfelder Aufstandsgebiet kommendes Automobil angehalten. Bei der Durchsuchung wurden größere Geldsummen und Handgranaten gefunden. Die Insassen sollen Max Hölz und sein Freund Grünberg gewesen sein. Die Person eines Dritten ist noch nicht festgestellt.

Die Wirkung.

Seltene Dinge sind gestern in Mitteldeutschland geschehen. Wir stehen vor der Tatsache, daß eine große Anzahl dynamitattentate auf öffentliche Gebäude, namentlich auf Rathäuser und Gerichtsgebäude, ja fast zu der gleichen Stunde verübt worden sind. ...

Von diesen Dynamitattentaten wird man daher annehmen dürfen, daß sie in einem inneren Zusammenhange miteinander stehen. Wahrscheinlich gehört auch das Attentat auf den D. Zug bei Halle hierher. Die Gleichzeitigkeit der verschiedenen Attentate beweist, daß hier irgendeine verzweigte Organisation am Werke gewesen ist. ...

Gegen diese Annahme streitet freilich das Argument, daß derartige Attentate vom politischen Standpunkt aus das Dummste und Sinnloseste sind, was sich denken läßt. Sie können nur dazu dienen, um hauerwelle der Reaktion Anhänger in die Arme zu treiben. ...

Dieser Vorteil für die Reaktion ist so in die Augen springend, daß man die Vermutung nicht von der Hand weisen wird, es könnten reaktionäre Spitzel bei der Sache ihre Hand im Spiele gehabt haben. Aber damit ist der Fall nicht erledigt. Denn diese Spitzel handeln nicht selbst, sie lassen andere in die Falle rennen, sie wären machtlos, wenn nicht die Toren da wären, die sich von diesen Spitzeln ins Garn locken lassen. ...

Diese Ansammlung von Sicherheitspolizei in den Gegenden, aus denen jetzt Schlag auf Schlag Meldungen über die schwersten Gewalttate einlaufen, hat ja nun auch in Berlin der „Rote Fahne“ die Grundlage für ihr hysterisches Geschrei geliefert. Wir haben dieses Geschrei richtig eingeschätzt, als wir schrieben: Moskau braucht Zeichen. ...

Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß im gegenwärtigen Augenblick Ruhe zum Kampf, zu den Waffen, zum Losschlagen nichts anderes erreichen könnten, als daß wirre und tollköpfige Anhänger der kommunistischen Parteien dadurch um ihr letztes Restchen Verstand gebracht, in Kaserne getrieben und zu den sinnlosesten Taten provoziert werden. Genau so ist es ge-

kommen. Wer alle diese Warnungen in den Wind geschlagen hat, der kann sich — ebensowenig wie Wilhelm II. auf den Leichenfeldern an der Somme — mit frommen Augenaufschlag hinsetzen und sprechen: „Ich habe es nicht gewollt.“ Man wird ihm antworten: „Aber du hast es voraussehen müssen und trotzdem nicht anders gehandelt.“

Die KPD weiß nur gar zu gut, daß neben ihr eine KAPD besteht, ein selbstames Gemisch aus phantastischen Schwärmern und Spiegeln, die jederzeit bereit ist, die Moskauer Parole in die Dynamitsprache zu übersetzen. Man kann heute natürlich nicht darüber urteilen, welche Organisation an den mitteldeutschen Dingen die Hauptschuld trifft, man kann nicht beurteilen, wie weit sich ihre Anhänger durch reaktionäre Spiegel haben zum Werke fördern lassen, feststellen kann man nur, daß von kommunistischer Seite planmäßig eine Atmosphäre künstlicher Erregung zurechtgemacht worden ist, in der allein solche Taten gedeihen konnten.

Mag hier auch nur ein allgemeiner Zusammenhang zwischen Hegearbeit und Wirkung zu erkennen sein, — in Hamburg und Eisenach liegt er dafür um so einwandfreier zutage: das Blutvergießen in diesen Städten ist eine in keiner Weise abzuleugnende direkte Frucht der kommunistischen Hegearbeit. Diese Zusammenstöße sind die unmittelbare Folge der fortgesetzten Aufrufe zu den Waffen und zum Kampf. Wer jeden Tag die Arbeiter auffordert, „mit der Waffe in der Hand“ die Reaktion zu bekämpfen, wer Tag für Tag mahnt, daß jeder Arbeiter sich ein Gewehr beschaffen müsse, der kann nicht die Hände in Unschuld waschen, wenn es drei Tage darauf zu Kampf und Blutvergießen kommt! Das Hamburger Kommunistenorgan hat seine dortigen Anhänger genau wie die „Rote Fahne“ zu sinnloser Raserei aufgepeitscht. Ihr Blut kommt über die Leute, die ihnen tagtäglich die Parole zum Kampf mit den Waffen ausgegeben haben.

Diese Verantwortung wird KPD nicht los. Wir sind sicher: Die „Rote Fahne“ wird jetzt ein Geschrei erheben, man suche ihr irgendwelche Verbrechen an die Rockschöße zu hängen, sie wird an die Attentatsbege gegen die Sozialdemokratie im Jahre 1878 erinnern. Aber die Situation war damals gerade umgekehrt wie heute. Damals konnte die Sozialdemokratie mit gutem Gewissen sich darauf berufen, daß sie den legalen Kampf gepredigt und Propagandateuren strengstens die Tür gewiesen hat. Heute kann nichts die Tatsache verhehlen, daß von der KPD die Parole ausgegeben wurde, auf die Gesetze zu pfeifen, sich zu bewaffnen und zur direkten Aktion überzugehen. Das hat nun jeder nach seinen geistigen Gaben verstanden: die einen haben die Polizei mit Waffen angegriffen, die anderen gewalttätig Betriebe besetzt, die Dritten mit Dynamit gearbeitet. Den letzteren wird man auch nur einen geringen Vorwurf daraus machen können, daß sie den blutrünstigen Phrasenschwulst, der ihnen Tag für Tag vorgelesen wurde, im Sinne ihrer Tat gedeutet haben.

Die kampfhaft herbeigezogene kommunistische Revolution ist nun da. Keine spontane revolutionäre Erhebung, sondern ein Kampf, ein paar blutige Zusammenstöße ohne Ziel und Zweck, eine Reihe sinnloser Zerstörungsakte, deren materiell-politische Wirkung gleich Null ist und deren moralische Wirkung sich restlos gegen die Arbeiterklasse richtet. Moskaus Gebot ist erfüllt, als gehorsamer Knecht hat die KPD den befohlenen Aufstand herbeigeführt, aber wegen der Gemächlichkeit der Erziehung ist er auch von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Den Arbeitern aber rufen wir zu: Kehrt diesen Ausschüßten den Rücken, ehe es zu spät ist! Laßt Euch nicht in den Bahnstamm hineinziehen, dessen untermerdliche Folge Niederlage und Vernichtung zahlloser Existenzen ist. Nicht Dynamit und sinnlose Gewalt, sondern Organisation und ruhiges zielbewusstes Vorwärtsschreiten sind die siegreichen Waffen der Arbeiterklasse.

Wege und Abwege.

Konzertumschau.

Richard Wagner hat eine Propaganda nicht mehr nötig. Wo auch ein Teilchen seines Werkes abdröckeln mag, die Grundfesten stehen fester als je, unerschütterter von all dem windigen Rauschen, das als moderne, überwundene und totegeborene professionistische Kunst nach ihm kam. Alles lebt von ihm, dem Meilen, dessen „Tristan“ ja schon idealster Impressionismus war. Hätte Wagner der Vater oder noch Propaganda nötig, sein Sohn Siegfried würde sie nicht bringen. Einen lebhafteren, phlegmatischeren in den Bewegungen und im Kampfsinn abgeklärteren Dirigenten sieht die Philharmonie selten. Die große Sachkenntnis und die letzte objektive Zurückhaltung ersehen den großen Mangel an Beutchen, Plaudern, Erregtheit, Temperament nicht. Selbst der wunderbare Regiebesitzer Schütz der „Kienzi“-Operette rief den matten Dirigenten nicht mit. Seine eigenen Werte sollten aber einmal gehdelt und kritisch beleuchtet werden. Auf der Bühne, nicht im Konzertsaal. Die Befähigung durch Wagner den Vater und Elst den Großvater, die Abhängigkeit vom Bayreuther Stil der arg verkommenen Weltmusik, die schädliche und unverständliche Geniepoesie der Freunde Gluckens, Stöckers, Braessls sollte nicht hindern, daß „Kobold“ und „Bärenhäuter“ in Berlin gespielt werden. Leider werden die Texte der letzten Märchenstücke und Russtdramen immer dunkler, mystischer, unverständlich und unbedeutlicher; Siegfried Wagner stellt sich selber seinem Licht als großer hemmender Schatten entgegen. Das Vorbild zu der Oper „An dem ist Hüthen schuld“ liegt von neuem seinen Weg des freundlichen Märchenplauderers, des melodischen, feingebildeten Kleinmalers, dem Humperdinck-Schüler, „Bonabietrich“ und „Sonnensinken“ treiben schon viel zu viel Sport mit der Symbolik, auch der musikalischen, des Pathos, unergiebig und von wenig originaler Schlagkraft, wird in der Deutung leblos, langweilig, die äußere Gruppierung der Themen und Motive hat etwas Kleinbürgerliches, Gewolltes. Befremdung des eigenen Vaters! Dennoch: wir wollen ihn im adäquaten Willen, auf dem Theater leben, wollen g recht beurteilen können, ob der Theatergeist Richard Wagners im eigenen Blut wiedergeboren oder untergegangen ist. Walter Kirchhoff, dessen Tenor in Madrid und Barcelona wieder Glanz und Metall angelegt hat, sang Wagners großen Sonnenmonolog mit freudig-schillernder und warmer Hingabe.

Die Karmode gibt unseren Chören Gelegenheit, vom Ernst ihrer Jahresstudien zu überzeugen. Das hat seinen Chor durch die Ungewöhnlichkeit und Krise des Disziplinarwesens, durch die Veränderung der Orchesterführung mit starker und glücklicher Hand hindurchgeführt. Er steht — mit Bach-Kantaten — wieder oben. Man kann an dem feurigen Ernst und dem leidenschaftlichen Verantwortungsgesühl in seinen Proben immer wieder lernen. Was Johannes Siegmann mit dem Oratorienverein fertigbringt, ist höchstens Replikat. Seine Wollschürze blüht nicht durch besondere Klugheit, aber in allem Chorischen herrliche Ordnung, Stimmung, Mäßigkeit, man fühle eine Liebe und ein sachliches Können, eine Meinung von kritischer Sachlichkeit. Von den Solisten seien mir Henke und Kandi besonders auf, weil sie jede theatralische Geste abgestreift und sich in den Oratorienstil mit hohem Geschmac hineinge-

Ministerrat in Sachsen.

Dresden, 23. März. (W.D.) Ministerpräsident Busch hat wegen der Bombenattentate eine Sitzung des Gesamtministeriums einberufen, in der zu der Angelegenheit Stellung genommen werden soll.

Gestern vormittag fand im Leipziger Landgerichtsgebäude in der Eisenstraße eine Bombenexplosion statt, durch die großer Sachschaden angerichtet wurde. Die Bombe war im Sedgesehof in einem Abort niedergelegt worden. Durch die Explosion wurde die ganze Abortanlage abgerissen, sowie der Vorraum demoliert, Fenster zertrümmert und Deden und Wände beschädigt. Menschen kamen nicht zu Schaden. Das Landgerichtsgebäude wurde sofort abgesperrt und die Untersuchung eingeleitet.

Auch in Freiburg wurde gestern unter ganz ähnlichen Bedingungen ein Anschlag auf das Gerichtsgebäude verübt. Es erfolgte eine schreckliche Explosion, die großen Schaden anrichtete. Die Verwüstungen sind besonders in unmittelbarer Nähe des Tatortes sehr schwer. Eine Person wurde verletzt. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Abendausgabe enthalten. Red.)

Einberufung des Landtags!

Berlin, 23. März. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei in Preußen hat an den Präsidenten des Landtages heute ein Telegramm gerichtet, in dem sie ersucht, mit Rücksicht auf die durch die kommunistischen Unruhen und die oberschlesischen Vorgänge herbeigeführte gespannte politische Lage den Landtag schleunigst, jedenfalls spätestens zum 30. März einzuberufen.

Offiziersrod über Gerechtigkeit!

Wenn ein hoher Preis für die Personen ausgelegt wäre, die es verstanden, der von den Kommunisten geschürten Bewegung im Augenblick den wirksamsten Agitationsstoff zuzuführen, so hätte ihn sich das Geschworenengericht vor allen anderen verdient, das gestern den Hauptmann v. Kessel freigesprochen hat. Dieser Freispruch ist ein neues Glied in der Kette der Fälle, wo die Justiz vor dem Offiziersrod kapituliert.

Angehts des Gnadenurteils gegen Oberleutnant Hiller schrieben wir neulich: am unerträglichsten wird das Unrecht, wenn es im stolzen Gewande des Rechts einherstreitet. Das unterstreichen wir heute doppelt und dreifach. Es wird einem schlecht bei dieser Art Rechtsprechung.

Der Sachverhalt: ein schneidiger „Musterleutnant“ Marloh erschießt ohne jeden Grund neunundzwanzig unschuldige Menschen. Er wird glatt freigesprochen. Aber sein Prozeß enthüllt merkwürdige Dinge: des Freispruchs im voraus nicht sicher, haben seine Kumpane und Vorgesetzten — natürlich auch „Musteroffiziere“ — alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Täter der Bestrafung zu entziehen. Nichts ist zu diesem Zweck unversucht gelassen worden, kein Mittel hat man gescheut. Urkunden sind verschleppt, Zeugen beeinträchtigt, glatte Weine geleistet worden. Durch einen Janz unter den Nächstbeteiligten kommt die Sache ans Licht. Die öffentliche Meinung fordert stürmisch, daß dieser Augiasstall gereinigt werde. Langsam, langsam, langsam setzt sich ein Strafverfahren gegen den hauptpromittierten Hauptmann v. Kessel in Gang. Eine Erkrankung des Angeklagten, der wenige Tage darauf beim Rapp-Butsch kermesfund tastet, macht einen Strich durch die erste Verhandlung. Die zweite Verhandlung wird durch alle Klippen gesteuert mit dem Resultat: der überführte Angeklagte wird gleichfalls — freigesprochen.

Marloh frei, Kessel frei, Liebkecht und Rosa Lugemburgs Mörder frei, — kann man sich wundern, wenn das Volksgericht dahin geht: die reaktionäre Bantel kann machen, was sie will, einem Offizier wird vor Gericht kein Haar gekrümmt, mager Mörder.

Maineibiger, Urkundenfälscher oder sonst was sein.

Und mag demgegenüber zehnmal von der Gegenseite betont werden, daß kein Richter vorsätzlich das Recht gebreugt habe, das Volk wird darauf antworten: Was ist — aber das Recht ist kein Recht! Davon heißt keine Maus den Faden ab. Wir halten uns nicht an unerforschliche Seelenvorgänge in der Brust der Richter oder Geschworenen, wir halten uns an die Tatsachen.

Wenn die Geschworenen im Kessel-Prozeß einen Widerungsgrund für sich geltend machen können, so die Art, wie die Verhandlung geführt wurde. Wir haben für Herrn Pastor Rump gewiß keine Sympathie. Aber man stelle sich einmal vor, Herr Rump hätte gegen einen sozialdemokratischen Redakteur gezeugt und dieser hätte den Versuch gemacht, den noch jetzt amtierenden Britischen als pathologischen Lügner und Schwindler ersten Ranges hinzustellen. Wir wären wirklich gespannt, wie weit ihn der Verhandlungsleiter hätte kommen lassen. Hier aber wurde einfach der Spieß umgedreht und aus dem Meineidprozeß gegen Herrn v. Kessel ein Entmündigungsverfahren gegen Pastor Rump gemacht. Wenn ein deutschnationaler Pastor gegen einen „Musteroffizier“ ausfragt, so kann natürlich nur Geisteskrankheit der Grund sein!

Herr v. Kessel hat sich für seine Handlungen auf angebliche Befehle höherer Stellen berufen. Kein juristisch für die Frage „Meineid oder nicht“ ist diese Berufung belanglos. Sie ist aber auch nicht geglättet. Einen Auftrag zu seiner Tat hat v. Kessel nicht nachweisen können. Allerdings müssen wir in diesem Zusammenhange unsere Bewunderung darüber ausdrücken, daß der in die Sache hineingezogene ehemalige Reichswehrminister Roste nicht vom Gericht als Zeuge vernommen worden ist. Er selbst hätte das Bedürfnis empfinden sollen, freiwillig vor Gericht als Zeuge zu erscheinen und seine Stellung in der Sache klarzulegen.

Die Reaktion wird nicht verfehlen, wie bei dem Freispruch der Marburger Heidenjünglinge, wie beim Gnadenurteil gegen Hiller, auch im Fall Kessel triumphierend zu betonen: „Es waren ja Geschworene, Volksrichter, die so geurteilt haben.“ — Demgegenüber haben wir hervor, daß die Sozialdemokratie die Geschworenenbank in ihrer heutigen mißrätlichen, rein kapitalistischen Zusammenfassung nie als Volksgerichte anerkannt hat. Die drei zitierten Geschworenenurteile zeigen nur, wie reformbedürftig auch die heutige Laiengerichtbarkeit ist. Eine Reform der Justiz an Haupt und Gliedern darf nun unter keinen Umständen mehr verzögert werden, mögen auch die Kommunisten mit ihrer ungezügelten Butschakt nach so sehr Kraft und Aufmerksamkeit der Regierung und der gesetzgebenden Körperschaften von der notwendigen Reformarbeit ablenken. Wir stehen seit zwei Jahren einem so eskalanten Versagen der Justiz gegenüber, daß dieses zu einer ungeheuren Gefahr für den gesamten Staat wird, denn ohne Gerechtigkeit kann kein Staat bestehen.

In der gestrigen Schlußsitzung des Kessel-Prozesses verkündete Landgerichtsdirektor Weigert nach dem Spruch der Geschworenen folgendes:

Urteil:

Der Angeklagte wird wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen zu einer Woche Festungshaft verurteilt, die durch die erstliche Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wird. Im übrigen wird der Angeklagte freigesprochen. Der Haftbefehl gegen ihn wird aufgehoben. Die Kosten des Verfahrens sollen, soweit Freisprechung erfolgt ist, der Staatskasse, im übrigen dem Angeklagten zur Last.

In der Begründung wurde betont, daß das Gericht deshalb nicht über den Antrag des Staatsanwalts hinausgegangen sei, weil der Angeklagte zu seiner Tat gerechtfertigt worden ist.

unden hatten. Während Stehmann und andere Disziplinierter mittelstarker Chöre ihren Mitteln entsprechend Werke auszuuchen und ernsthaft studieren, schüttelt John Peterjen eine Matthäus-Passion aus dem steifen Handgelenk heraus und legt für das nächste Winterhalbjahr fünf große Werke auf das Programm, deren technische und musikalische Bemühtung weit, weit über seine Kräfte gehen. Das nennt man nicht mehr Verantwortung tragen. Peterjen dirigiert jedes Orchester in Bewirrung hinein, und bei mangelhafter Kenntnis der Partitur sind Katastrophen unvermeidlich. Kein Regisseur scheint ihm Sorge zu machen, kein unpräziser Einfluß ihn im Gewissen ruhig zu machen. Stil ist Rebersache. Der vollständig geborgte Männerchor überbietet die Frauenstimmen, die sich restlos mühen, aber jaghaft bleiben. Wohin führt das? Zur Provinzialisierung der Hauptstadt und zur Mißziehung der Hörer. In größeren solistischen Partien war Frau Ebel-Wilde kluge und empfindungsreiche Sopranistin; und das Jesuswunder des unvergesslichen Weischoert erstand neu in der warm besetzten Darstellung Raab-Brodmanns.

Für das Pensionkonzert der Philharmoniker setzten sich eigenmächtig und mit glänzendem Gelingen Fritz Busch, Karl Klingler und der Klitzsche Chor ein (9. Sinfonie). Den unter guter Leitung immer wieder bewundernswert frisch spielenden Orchestermusikern soll auch an dieser Stelle der Dank im Namen von vielen ausgesprochen sein. Sie begleiteten jüngst Elie Gipsier zum Beethovenischen Klavierkonzert G-Dur, dessen Schönen sie mit gesunder, elastischer Rhythmik gerecht wurden, dessen Andante ihr mit andächtiger, aufschlußreicher Innerlichkeit aus Herz und Händen quoll. Mehr auf Kraft und starke Akzente legt Ella Panero ihr Spiel an; sie sollte bei ihrem hervorragenden Können auch die Frau in sich sprechen lassen. Ihr Temperament würde dann an feinen Ungenauigkeiten des Textes jenseits Entschuldig nehmen. Das sei gesagt, weil Frau Panero eine urchristliche und zu virtuosem Hochflug veranlagte Pianistin ist. Ihren guten Ruf als Klavierpielerin bewahrt auch Monka v. Patzka, die dem Stimmungswechsel der Karnavallstänzen von Schumann mit besonderer Deutlichkeit nachgeht und in jedem Teilchen, in jedem Trübsal und jedem stichlichen Gesang das Rechte trifft. Mit einem sagen. Kunstharmonium machte Karl Stabernad bekannt. Ich glaube nicht, daß diese Mischung von Klavier, Cembalo- und Harmoniumton viel Bedeutung gewinnen wird; neben ein paar klug-schönen, sanften Registern stören scharfe, schneidende, die an schlechte Dorforgeln erinnern. Stabernad weiß in eigens bereiteten Salonstücken von Rustel, Rouquet, Brand, Guilmant zwar die trefflichsten Spitzen abzustumpfen, ein ganz harmonisches Einklingen aber gelingt auch ihm nicht, trotz bester technischer Beherrschung.

Akter Löwenstein beweist aufs neue Routine und Sachlichkeit im Dirigieren. Der imposante, große Führerzug setzt ihm. Er dirigierte das jüngste „Arbuck“-Konzert, das wieder mit Reuberten aufwartete. Diese Gemeinschaft hat ihre Abende ein, wie Unterführer ihre Professeken: 6 ordentliche und 5 außerordentliche Konzerte mit der Tendenz, daß in den ersten vier außerordentlichen erstrebt, in den letzteren Ordentlichen geleistet wird. An die Leitung eines Professors erinnerte auch James Simons großes Chor-Orchesterwerk „Il morice“. Diese Goetheischen Weisheiten in der klassischen Form philosophischer Ahtzeiler beugen sich kaum dem

Stim und dem Ruf der musikalischen Form. Simon, seinem großen technischen Geschick trauend, verteilt die 5 Strophen auf dusterhomophon Chor, Bariton- und Sopran solo. Bei der Schwere und Gebundenheit der dichterischen Texte denkt man an Ränke, Vergessen, denkt an Brohma. Da ist das Gedankliche nicht überkommen und nachgezeichnet, sondern neu geboren aus der Musik und ihrer Erlebnisfälle. Simon geht als Köhner, nicht als Schöpfer ans Werk. So gelangt ein Teil, kein Ganzes, zumal die Plastik des thematischen Materials zum Vergessen, nicht zum Verstehen der Dichtung leitet. Man führt ernstes Wollen, auch starkes Ringen mit der Idee hier und dort. Die Gesamthaltung bleibt akademisch, bestgenannte Leistung ohne tiefe Inspiration. Drei Orchesterstücke einer eleganten Frau — Henriette v. Bensep — sind kleine, lockere Instrumentalstudien mit überflüssigen und solchen Titeln. „Anbetung“ und „Der Rarr“ hätte man jedenfalls anstandslos miteinander vertauschen können. Am besten geraten ist das „Wind-Spiel“; hurtige Unbedenklichkeit, flotte Feder, koloristisches Talent in seinen Kinderstücken. In der Simonischen Kantate hatte Wilhelm Guimant klugvolle Singlichkeit, Rose Walter in einem undankbar-hohen Sopran solo Unglücklichkeit gezeigt. Nicht unerwähnt lassen möchte ich das Konzert quantitas der russischen Gesangenen, in dem Georget Jostowitsch russische Heimatlänge — Tschalkowsky Sinfonie Nr. 4 — mit eindringlicher Zeichenprache zum Herzen bringen ließ.

Dr. Kurt Singer.

Nas Strindbergs Nachlaß. Aus dem Nachlaß Strindbergs veröffentlicht jetzt die Müllerische Gesamtausgabe in Uebersetzungen Emil Scherings mehrere neue Bände. Es sind einmal drei Einakter: eine Tragödie „Der Frieblot“, in der erst im Lobe der Helbe Gott findet, dann ein Künstlerdrama „In Rom“ — der starke Künstler findet seinen Beruf — und ein Vorspiel „Marobeur“, nachdem der Mann das Welt gefunden, beginnt erst das Drama. Ferner erscheint ein drittes Bändchen Strindbergs, das Scherzing aus dem Nachlaß übertragen hat, mit zum Teil sehr heftigen Auseinandersetzungen Strindbergs mit Gegenwart und Welt.

Am 13. Konzert der Volksbühne G. B. das am Donnerstag mittags 7,19 Uhr, in der Volksbühne stattfindet, wird das Bühnenorchester unter Leitung von Einar Nero-ny die Operette „Der Schatz der Wollmutter“, die Ballettmusik aus „Rohamunde“ und die Sinfonie G-dur zur Aufführung bringen.

Karfreitag in der Gessungskirche. Pantlon, Lindenpromenade, abends 8 Uhr: Kirchenkonzert. Eintritt 1 R.

Die Deutsche Gesellschaft für Politik hat in diesen Tagen das erste Heft ihrer Zeitschrift „Politik“ veröffentlicht, und zwar mit dem Ergebnis von 1000 Bestellungen. Die Zeitschrift ist eracht für die Semesterversammlungen folgenden Bild: 25 Angehörige der Redaktion, 115 Beamte, 77 Offiziere, 176 Oberlehrer und Lehrer, 127 Kaufleute und Techniker, 54 Gemeindeführer und Sozialdemokraten, 150 Studierende, 75 Frauen, 76 ohne Berufsangabe. Der neue Studienplan für das Sommersemester ist beim Sekretariat, Berlin, Schöneberg 6, zu beziehen.

Ein Preisanschreiben zur Förderung des völkischen Dramas schreibt die Zeitschrift „Völkische“ in Verbindung mit dem Bremer Schauspielhaus und dem Völkischen Verein in Bremen aus. Für die beiden besten völkischen Stücke sind Preise von 3000 R. und 2000 R. ausgesetzt. Das Bremer Schauspielhaus verpflichtet sich zur Aufführung und der Niedersachsen-Verlag zur Herausgabe der Stücke.

Groß-Berlin

Verbesserungspläne im Straßenbahnverkehr

Ueber neue Pläne des städtischen Verkehrsamts in bezug auf die Verbesserung des Straßenbahnverkehrs sind in letzter Zeit die verschiedensten Nachrichten verbreitet worden. Wie uns von unterrichteter Seite geschrieben wird, plant die Leitung der Berliner Straßenbahnen die Abänderung der Linienführung einer ganzen Reihe von Linien. In Frage für diese Veränderungen kommen hauptsächlich solche Linien, die durch kleinere oder größere Umwegfahrten erheblich längere Zeit gebrauchen als andere Verkehrsmittel, z. B. Krosionunibusse, Untergrundbahnen usw. An Hand eingehender Ermittlungen ist festgestellt worden, daß durch das Befahren von Kurven nicht nur das Material übermäßig in Anspruch genommen wird, sondern auch der Stromverbrauch gegenüber der geraden Strecke erheblich größer ist. Die Geradelegung von Strecken bedeutet aber neben dieser Ersparnis für die Verwaltung auch für die Benutzer der Straßenbahn den Vorteil schnellerer Beförderung. — Besondere Aufmerksamkeit ist bei diesen Untersuchungen den Verkehrsverhältnissen auf den Ringlinien zugewandt worden. Gegenüber geringen Vorteilen bieten sie im Betriebe schwerwiegende Nachteile. Der Straßenbahnverkehr bringt häufige Verspätungen der einzelnen Wagen von 10 bis 15 Minuten mit sich. Diese Verspätungen einzuholen, sind die Fahrer auf den Ringlinien gezwungen, in den verkehrsarmen Straßen schnell anzufahren, wodurch die Wagen, die meist nur sehr schwache Motoren haben, übermäßig stark beansprucht werden und erfahrungsgemäß auch schneller zerfallen als die auf anderen Strecken verwendeten Wagen. Man beabsichtigt nun nicht, diese Ringlinien zu beseitigen, wie dies gemeint worden ist, sondern sie durch Einschleusen einer oder zweier Endpunkte in regelrechte Strecken zu zerlegen. Diese Endpunkte der Strecken werden so gewählt werden, daß sie durch andere Linien auf der gleichen Strecke überdeckt werden, so daß eine Verschlechterung der Verkehrsmöglichkeit nicht eintreten kann. Durch Teilung der Ringlinien wird aber ein technisch besserer Betrieb ermöglicht. Die Wagen erhalten zum Ausgleich von Verspätungen einen Pufferaufenthalt, sie können mehr dem Berufsverkehr durch Einstellung von Anhängern angepaßt werden, der Betrieb der einzelnen Wagen nur in einer Fahrtrichtung während des ganzen Tages fällt fort, während das Personal weniger schweren Dienst hat. Ob sich zwischen den Ringlinien noch ein Umsteigebetrieb wird einführen lassen, wird zurzeit noch geprüft. Auch der Zeitpunkt der Einführung steht noch nicht fest.

Zur Bestätigungsfrage.

Wie wir in unserer gestrigen Morgennummer berichteten, hat der Oberpräsident eine weitere Zahl von Bezirksämtern bestätigt, in einer Reihe Bezirksämter den befohlenen Bezirksstadträte aber die Bestätigung verweigert. Man wird zugeben müssen, daß die für die Nichtbestätigung der in Frage kommenden Bezirke angeführten Gründe nicht geleitet sind von politischen Motiven. Gleichwohl können wir auch vom rein sachlichen Gesichtspunkt der Entscheidung der Aufsichtsbehörde nicht ohne weiteres zustimmen. Ohne in Abrede zu stellen, daß unter den gewählten befohlenen Mitgliedern einer Reihe von Bezirksämtern so manches sein mag, das keinerlei Gewähr für die Erfüllung der kommenden Aufgaben bietet, glauben wir, daß andererseits unter den Nichtbestätigten zahlreiche tüchtige Kräfte sich befinden, die, mit reicher Lebenserfahrung ausgestattet, es mit so manchem abgestempelten Verwaltungsfachmann aufnehmen können. Sie hätte, die Aufsichtsbehörde von vornherein erausnehmen und bestätigen können. Das konnte um so eher geschehen, als so mancher unter ihnen ebenso fähig sein dürfte, wie bereits bestätigte Bürgermeister. Unter Umständen muß bei den damaligen Vorbereitungen zur Wahl infolge der eigenartigen politischen Verhältnisse gerade der Verzicht auf einen Wunderschönen als Feld räumen, womit der Sache natürlich wenig gedient ist. Mag sein, daß der Oberpräsident nach außen nicht den Anschein werden wollte, als ob er durch das Herausgreifen wirklich bester Mitglieder parteiisch handele.

Stine Menschenkind.

II. Mütterchen.

Von Martin Andersen Herf.

Der Amtsgeselle dankte zögernd. „Wir haben zu essen mitgenommen, und Sie und Ihr braves kleines Mädel haben owoiso den Kopf voll genug.“ sagte er freundlich. Aber da ging er Lars Peters gedankten Gesichtsausdruck und die hochnütigen Mienen der andern auf und erkannte, daß er hier seinen eigenen Willen bei irgend etwas mißspielen sollte. Er war schon einmal hier gewesen — aus übelm Anlaß, und er hatte nichts dagegen, diesen Menschen, die ihr Unglück so apfer tragen, eine kleine Genugtuung zu geben. „Ja, vielen Dank,“ sagte er ausgeräumt. „Fremdes Essen schmeckt immer besser als die eigenen mitgebrachten Krusten! Ind ein Schnaps zum Essen — was meinen Sie, Hansen?“ Die begleiteten Lars Peter hinein und setzten sich zu Tisch. Die Leute sahen ihnen ein wenig betreten nach. Dann schenderte einer nach dem andern hinterher; es war doch interessant mitanzusehen, wie das Essen des Schinders einem ernen Mann schmeckte. Und war man erst drinnen, so mußte man anstandshalber am Tische Platz nehmen. Der Appetit hat die Eigentümlichkeit anzustechen, und die beiden übrigen Personen langten tüchtig zu. Vielleicht glaubte man auch nicht gar zu ernstlich an all das böse Gerede, an dem man sich selber mit Mund und Ohr beteiligt hatte. Stine brachte Butterbrote und Kaffee an den Mann und mußte selbst herkommen und sich vor dem Amtsgesellen zeigen, der sie able und ihr die Wangen streichelte. Dieser leichte Klaps strich viel Böses aus dem Sinn und gewährte ihr Genugtuung für viel Mühe und Arbeit. „Solch eine Tasse Kaffee hab' ich noch auf keiner Auktion bekommen,“ sagte der Amtsgeselle. Als man wieder begann, hatte sich ein Fremder eingefunden. Er begrüßte den Amtsgesellen wie einen Bekannten, im übrigen gab er sich mit niemandem ab, ging nur umher und betrachtete Bauwerkstätten und Land. Er war geleidet wie ein Bekannter oder etwas Ähnliches, mit langen Schnürstiefeln und einem Wams mit Spannriemen. Aber jeder konnte mit halbem Auge sehen, daß er trotzdem kein Landmann war. Es säuerte unter die Leute, es sei ein Handels-

Es war jedenfalls ein schwerer Fehler, daß über die Art der Zusammenfassung der Bezirksämter nicht bereits vor den Wahlen entsprechende Richtlinien aufgestellt worden sind, denn das Geleis Groß-Berlin gibt hierüber keine Auskunft. Im Interesse der Gewählten hätte der Oberpräsident schon bereits vor mehreren Wochen darauf aufmerksam machen können, daß die Bezirke bestimmte Dezerenate mit sachlich vorgebildeten Personen zu belegen seien. Die sozialdemokratische Partei hat bisher für die Belegung solcher Ämter nur Personen vorgeschlagen, bei denen sie als sicher voraussetzt, daß sie den an sie gestellten Anforderungen gewachsen sind. Wenn nun die von neuem anzuberäumenden Wahlen unter dem Gesichtspunkt der Aufsichtsbehörde stattfinden, so darf wohl erwartet werden, daß die Bestätigung mit aller Beschleunigung vor sich geht.

Die elektrische Vorortbahn.

Die Probefahrt für den elektrischen Zugbetrieb auf der Strecke Berlin-Vernau wird demnächst fertiggestellt. Schon vor längerer Zeit sind hinter dem Bahnhof Vankow-Schönhausen auf der westlichen Seite des Bahnhofs eine Reihe von Schleuderbetonmasten aufgestellt worden, an denen in einer Höhe von acht Metern über den Schienen 7 Meter lange Ausleger angebracht worden sind, die die Stromzuführung und den Fahrdrift tragen sollen, und zwar für beide Fahrtrichtungen. An jedem Ende der 1,5 Kilometer langen Strecke sind, um die Fahrleitung spannen zu können Gittermasten mit Hochträgern aufgestellt, die über beide Gleise der Vorortstrecke reichen. Mit diesen Arbeiten ist man jetzt fertig. Es fehlt nur noch die eigentliche Fahrleitung. Nach Ostern wird auch diese fertiggestellt sein. An der Leitung selbst sollen Versuche über die Sichtbarkeit der Signale, Haltbarkeit der Isolatoren usw. für die elektrischen Fernbahnstrecken im Reich angeestellt werden.

Der Radikale.

Rote Plakate schreiben an allen Enden der Stadt: „Heraus aus den Betrieben, Generalstreik!“ Trotz ihrer Aufdringlichkeit finden sie geringe Beachtung. Kurz vor einem Plakat hat sich eine Gruppe gebildet, die sensationellsten Zeuge eines Streites ist. Die Meinungen plagen hart aneinander. Einer aber verteidigt sonatistisch den Inhalt der roten Plakate: „Die Arbeiter müssen zeigen, daß sie da sind.“ „Leberhaupt ist alles Unatlich, Sozialismus und auch Kommunismus, was wir brauchen, det is Anarchismus.“ „Und was ist Anarchismus?“ „Wenn jedes tun und lassen kann, was er will!“ „Also haben die Schleier recht, wenn sie das Volk ausplündern, oder die anderen Verbrecher, wenn sie rauben und morden, denn sie tun ja, was sie wollen.“ „Alles laßt, der ‚Radikale‘ drückt sich, besetzt eine Straßenbahn und vertieft sich in eine Zeitung.“ „Als er sie umblättert, erkennt man die ‚Morgenpost‘. — Und solche Vorkommnisse sollen nicht alltäglich sein.“

Wohnungsamt und Mietsteuer.

Die Funktionärskonferenz der S.P.D. nahm am Dienstag noch nachstehende vom Genossen Winter eingebrachte Entschlieung mit großer Mehrheit an: Die heute im Lehrerbereinshaus versammelten Funktionäre der S.P.D. fordern die Dauer der öffentlichen Bewirtschaftung des vorhandenen Wohnraumes die zentrale und unmittelbare Verwaltung des gesamten Wohnungsweins durch den Magistrat. Zum Zweck einer einheitlichen Durchführung der Mieterausgegung verlangen sie die Ausschaltung der Bezirksamter bei der Ernennung der Beamten und Angestellten der Wohnungs- und Mieteinigungsämter. Den Bezirksämtern und Bezirksversammlungen ist jedoch ein weitgehender Einfluß bei der Feststellung der Wohnungsbedürftigkeit und Dringlichkeit der Entwürfe der Wohnungsuchenden und der Vergabe der Wohnungen innerhalb des Bezirkes einzuräumen. Ferner erucht uns Genosse Silberschmidt mitzuteilen, daß der Parteitag zwar den damals vorliegenden Entwurf zur Mietsteuer abgelehnt hat, weil er die soziale Lage der Bevölkerung unberücksichtigt ließ und keine Gewähr dafür bot, daß die Mittel gemeinwirtschaftliche Verwendung fänden, gleichzeitig aber folgenden Beschluß faßte: „Bis zur Verwirklichung der Mietwohnungen ist die Beschaffung von Mitteln für den Wohnungsbau auf der Grund-

lage zu regeln, daß die Erträgnisse der vor dem Kriege erstellten Wohnungen für die Neubauten mit herangezogen werden.“ Nach diesen Grundgedanken hat bisher die Fraktion gehandelt und sich bemüht, bei der Beratung des später dem Reichstage unterbreiteten Gesetzesentwurfes diesen Mindestforderungen Geltung zu verschaffen.

Die Schulgeldfrage.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorstehers Dr. Mehl tagte am Mittwoch im Rathaus der Stadtverordnetenaußschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlage über die Erhöhung bzw. die Festsetzung der Schulgeldbläge für die städt. höheren Lehranstalten und des Antrages Dr. Wehl, betr. sozialer Staffelung des Schulgeldes und Einführung einer Schulsteuer. Der Magistrat war durch den Stadtsyndikus Lange und den Oberstadtschulrat Paulsen vertreten. Der Oberstadtschulrat und der Stadtsyndikus verteidigten den Standpunkt des Magistrats. Nach eingehender Beratung wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, der Stadtverordnetenversammlung spätestens im Laufe des nächsten Quartals eine Vorlage zu machen, in der eine soziale Staffelung des Schulgeldes vorgesehen ist, und zwar mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab. Bis zu diesem Termin soll in Berlin und allen ehemaligen Vorortgemeinden das bisherige Schulgeld weiter beibehalten werden. Der Magistrat wird ferner ersucht, darauf hinzuwirken, daß nach einer reichsgerichtlichen Regelung in Zukunft die Gemeinden befugt sind, Schulsteuer zur Deckung der Schullasten und Aufhebung des Schulgeldes einzuführen.

Einführung der neuen Stadträte.

Am Mittwoch abend fanden zwei feierliche Einführungen von Mitgliedern der Bezirksämter I (Tiergarten) und VII (Charlottenburg) statt. Zuerst die im Verwaltungsbezirk I (Tiergarten) und daran anschließend die im VII (Charlottenburg). Im I. Bezirk begrüßte der Vorsitzende der Bezirksversammlung Dr. Frochtling den Oberbürgermeister Böß, der mit dem Bürgermeister Ritter erschienen war, und dankte für sein Erscheinen, wobei er lebhaft bedauerte, daß er ihn nicht im eigenen Heim begrüßen könne. Oberbürgermeister Böß dankte für das freundliche Willkommen und drückte ebenfalls sein Bedauern aus, daß es dem Bezirksamt an geeignetem Unterkommen fehle. Er begrüßte den Bürgermeister Doffen und die übrigen Mitglieder des neuen Amtes, wobei er auf die großen Aufgaben, die ihrer nun harren, hinwies und zum Schluß seiner sehr beifällig aufgenommenen Ansprache den Bürgermeister auf sein neues Amt verpllichtete. Bürgermeister Doffen erwiderte in ebenso herzlicher Weise und betonte ebenfalls das Fehlen eines passenden Helmes. Er versprach im Einvernehmen mit der Zentralverwaltung seines Amtes zu walten und hofft dabei auf die Unterstützung aller Mitarbeiter und des Magistrats rechnen zu können. Hierauf verpllichtete er die Magistratsräte Dr. Baier und Dr. Maguhn, den Studienrat Dr. Ferber, Baurat Kolmes, Oberrevisor Hellriegel, Stadtrat Dr. Rühlmann, Frk. Kirchner, Frau Dr. Leoy-Kathenau, die Stadtverordneten Schmidt, Zimmermann und Goll als Stadträte. Der Einführung wohnten u. a. der Stadtrat a. D. Budow, die Stadtr. a. D. Bihl, Geride, Böttcher, Görldt, Sökeland, Tropfle mit zahlreichen bekannten Personen bei. In Charlottenburg führte ebenfalls der Oberbürgermeister Böß den Bürgermeister Schöly ein, der dann den Stellvertreter P. Hirsch und die übrigen 13 Mitglieder einführt und verpllichtete bis auf den nicht bestätigten Gewerkschafter und Kommunisten Schmidt.

Die Auskunftsafeln der Straßenbahn.

Zu dieser Neuerung im Berliner Verkehrsleben erhalten wir folgende Zuschrift: Die jetzt probeweise aufgestellten Auskunftsafeln der Straßenbahn bedeuten einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustande, aber keine Neuheit, denn ähnliche Einrichtungen sind in kleineren Städten — beispielsweise in Köln a. Rh. — schon sehr lange getroffen. Allen hastet aber der Mangel an, daß sie nur örtliche Angaben enthalten und über den Fahrplan nichts auslegen, weder über den ersten und den letzten Wagen, noch über die Fahrhäufigkeit und die Minutenzahl nach der vollen, viertel, halben und dreiviertel Stunde, in der der Wagen gewöhnlich erwartet werden darf. Es wird kaum möglich sein, den Fremden allein mit Hilfe solcher Tafeln zurechtzuweisen. Auch interessiert ihn gar nicht, welche Linien an der Haltestelle vorbeifahren, sondern einzig die Frage, mit welcher Linie er sein Ziel erreichen kann. Die Kammer der Linie muß der Fahrgast doch in den meisten Fällen vorher irgendwie erfragen, denn auch bei angefirengtem Studium derjenigen Tafeln, die der gegenüber der

Nachbarsleuten hinüberzubringen, von wo sie abgeholt werden sollte, und man konnte den Wagen bestiegen. Der große Klaus war vorgepannt, oben auf der hohen Wagenladung wurde die Familie untergebracht: das Schwein, die Hühner und die drei Kinder. Es war ein spannender Anfang des Neuen. Lars Peter war der einzige, der nicht in rosigter Laune war. Er machte sich drüben auf dem Besitztum zu tun, stand hinter dem Stall und blickte über den Aker hin. Hier hatte er gelebt und Böses und Gutes über sich ergehen lassen; jeder Graben war ihm lieb, jeden Stein auf dem Felde kannte er, jeden Riß in den Mauern. Wie würde das Neue sich anlassen? Lars Peter hatte schon mehrmals von vorn angefangen, aber niemals mit weniger Mut als diesmal. Sein Sinn und seine Gedanken begannen sich rückwärts zu wenden. Die Kinder dagegen schauten bloß vorwärts. Stine mußte ihnen vom Strande erzählen, wie sie ihn aus ihrer Kindheit bei Großchen im Gedächtnis hatte, und sie versprachen sich alle Herrlichkeiten von dem neuen Heim.

9. Deseinen Tod —

Der Winter fiel lang, kalt und unbefriedigend aus. Lars Peter hatte ganz bestimmt damit gerechnet, sofort in eine Bootsmannschaft hineinzukommen; aber es stellte sich heraus, daß kein Platz frei war, und jedesmal, wenn er den Krugwirt an sein Versprechen erinnerte, hielt dieser ihn mit Redereien hin. „Es kommt schon,“ sagte der Krugwirt — „wart' es nur ab.“ „Bart' es ab — ja, der einzige gut reden. Beim Warten oß man alles Ersparne auf — und worauf wartete man wohl? Daß ein Unglück geschehen sollte, damit man selber an die Reihe käme — das war ganz und gar nicht erfreulich. Es war die Voraussetzung gewesen, daß der Krugwirt Lars Peter zu einem größeren Boot verheßen und ihm die Zusammenlegung einer eigenen Bootsmannschaft ermöglichen sollte; so hatte Lars Peter es ausgefaßt, bevor er hierher zog. Aber das war wohl ein großes Mißverständnis. So leistete er denn eine Handreichung hier und da, löste hin und wieder einen Kranken ab und murrte. „Wir wollen die Sache noch eine Weile mitansetzen,“ das war alles, was der Krugwirt sagte. „Es gibt sich schon! Was ihr braucht, könnt ihr vom Krämer holen.“ Es war, als hielte er Lars Peter für einen bestimmten Anlaß in der Reserve. (Fortf. folgt.)

mann aus der Hauptstadt, der das Eisferneß — wohl für die Jagd an der See — taufen und als Sommerhaus einrichten wolle.

Unabhängig von jeglicher Einfuhr

ausländischer Weine schöpfen
wir unseren grossen Bedarf an
feinsten Riesling-Weinen für

„Söhnlein Rheingold“

aus den für Qualitätsweine
anerkannten Weinbaugebieten
Deutschlands.

In der Verwendung unserer
alten Reserven solcher Weine,
in unserer mehr als fünfzig-
jährigen Erfahrung auf dem
Gebiete der Sektherstellung,
in der sorgsamsten Behand-
lung jeder einzelnen Flasche
wurzelt der grosse Erfolg
unserer Marke.

Söhnlein & Co.
Schierstein i. Rheingau.



Bezug durch den Weinhandel.

ILSE, Bergbau-Aktiengesellschaft zu Grube Ilse N.-L.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der am **Dienstag, den 26. April 1921, nachmittags 3 Uhr,** in Berlin, Burgstr. 24, in den Geschäftsräumen der Mitteldeutschen Creditbank, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

hierdurch eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1920 mit den Bemerkungen des Aufsichtsrates.
 2. Genehmigung der Bilanz mit der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1920 und Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
 3. Entlastung des Vorstandes.
 4. Entlastung des Aufsichtsrates.
 5. Wahlen zum Aufsichtsrat.
 6. Beschlussfassung über die Erhöhung des Grundkapitals um M. 30.000.000,— durch Ausgabe von 20.000 Stück auf den Inhaber lautender Stammaktien über je M. 1000,— Nennwert und von 20.000 Stück auf den Namen lautender Vorzugsaktien über je M. 500,— Nennwert, bei beiden Aktiegattungen mit halber Dividendenberechtigung für das Geschäftsjahr 1921 und voller Dividendenberechtigung für das Geschäftsjahr 1922 und folgende Festsetzung der Bedingungen der Aktienausgabe mit dem Recht, das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszu-schließen.
 7. Beschlussfassung über die Aenderung des Gesellschaftsvertrages:
 - § 4. Erhöhung des Grundkapitals.
 - § 5. Ermächtigung des Vorstandes, mit Zustimmung des Aufsichtsrates, Schuldverschreibungen bis zur jeweiligen Höhe des Grundkapitals auszugeben.
 - § 22. Vereinfachung der Unterzeichnung der Niederschriften des Aufsichtsrates.
 - § 32. Bestimmung, dass bei Aenderung des Gesellschaftsvertrages einfache Mehrheit genügt, soweit nicht das Gesetz zwingend etwas anderes vorschreibt. — Wegfall des Absatzes 2.
 - § 35. Wegfall der Bestimmung über die Gewinnanteilsberechnung des Vorstandes.
 8. Getrennte Beschlussfassung:
 - a) der Stammaktionäre, b) der Vorzugsaktionäre über die zu Punkt 6 und 7 angelegten Gegenstände.
 9. Genehmigung der Um-schreibungen von Vorzugsaktien.
- Dre Stammaktionäre, welche an der Hauptversammlung teilnehmen wollen, haben den Aktienbesitz, hinsichtlich dessen sie ein Stimmrecht in der Hauptversammlung ausüben wollen, spätestens am **Donnerstag, den 21. April 1921,** bei der Gesellschaftskasse in Grube Ilse oder in Berlin bei der Mitteldeutschen Creditbank und der Direktion der Disconto-Gesellschaft, in Frankfurt a. M. bei der Mitteldeutschen Creditbank und der Firma Geor. Sulzbach, in Hamburg bei der Vereinsbank, und in Köln a. Rh. bei dem A. Schaathausen'schen Bankverein A.-G. schriftlich anzumelden und bis zu demselben Termin diesen Aktienbesitz bei der Stelle, bei welcher die Anmeldung erfolgt ist, oder bei einem Notar mit einem doppelten Nummernverzeichnis zu hinterlegen, dessen eines abgestempelte Stück als Eintrittskarte in die Hauptversammlung und als Ausweis zur Empfangnahme der Stimmkarte dient.
- Die Vorzugsaktionäre haben nur die Anmeldung ihrer Vorzugsaktien mit Nummernangabe bei dem Vorstande der Gesellschaft in Grube Ilse zu bewirken, um an der Hauptversammlung teilnehmen zu können. Stimm-berechtigt sind nur die im Aktienbuche eingetragenen Besitz- r der Vorzugsaktien. Zur Vertretung ist eine privat-schriftliche Bevollmächtigung erforderlich.
- Grube Ilse N.-L., den 23. März 1921.
- ILSE, Bergbau-Aktiengesellschaft.**
Schumann, Müller, Bähr.

• Tuchfabrik - Niederlage •

von H. Lamprecht, Berlin-Teeplo, Dönhofsstr. 17, restauriert Damen-, Herrenstoffe zu Fabrikpreisen an Verste. Gute dauerhafte Herrenstoffe von 45 Stk. an aufwärts

Zähne 4 M. Teilzahlung 5 J. Garant. Kronen 18 M. Plomb. Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzlos. Eine Umarb. schlechthalt. Kronen, Rep. auf Zahnst. W u. H. Potsdamer Str. 88, Hochb.-Sprache

Demnächst erscheint:

Band IX der Bibliothek der Kommunistischen Internationale

M. Lenin:

Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus

Inhalt: Vorwort / Der moderne Kapitalismus / 1. Konzentration der Produktion und Monopol / 2. Die Banken und ihre neue Rolle / 3. Finanzkapital und Finanzoligarchie / 4. Kapitaleport / 5. Teilung der Welt unter den Kapitalistenverbänden / 6. Teilung der Welt unter den Großmächten / 7. Imperialismus als besonderes Stadium des Kapitalismus / 8. Parasitismus und Stagnation des Kapitalismus / 9. Kritik des Imperialismus / 10. Historische Stellung des Imperialismus / Anmerkungen 4273b*

160 Seiten Preis 4 M.

Demnächst erscheint:

CHR. KABAKTSCHIEFF

Die Gründung der Kommunistischen Partei Italiens

56 Seiten Preis Mk. 1.50

Bestellungen sind zu richten an die
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachfolger Louis Cahnhley, Hamburg 11

**Ankauf
Juwelen**
Margra & Co.
L. B. O. M. E. R. S. T. 9.

Möbel
Bedeutend herab-
gesetzte Preise
Bar oder Teilzahlung
Kleinste An- u. Abzahlung
Wohnzimmer, Schlafzimmer,
Speisezimmer, Herrczimmer,
bunte Küchen
einzelne Möbel
Lieferer auch auswärts
**Landwehr
Müllerstr. 7
Weddingplatz.**

Burroughs
Comptograph, Wales
Mercedes - Euklid
Brunsviga, Thales,
Sim. Unicas u. a. Syst.
Liefert bekannt preiswert
"Cosmos"
Leipzig Str. 23
Zentr. 180 u. 419

Metallankaufsstelle
Osten,
Grüner Weg 8
zahlr. Tagespreise für
**Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.**

**Damen
Konfektion
schick u. fesch.
auf
Kredit
B. Feder**

Brunnen-Str. 1
Frankfurter-Allee 350
Kottbuser-Damm 103
Charlottenburg
Scharren-Str. 5

Klavier (auf sofort) *
Ausfüh. 5120

Ein passendes Ostergeschenk

FÜR DIE SCHULE

Keine Ly
Heintze & Blanckertz
Erste deutsche
Stahlfederfabrik
BERLIN

**Krause
Pianos**
zur
Miete

Ansbacher Straße 1,
Ecke Kurfürstenstraße

Bettmatten!
Befreiung sofort.
Alter u. Geschlecht an-
geben. Ausk. umsonst.
Vers. San. Art. Gg. Eng. brecht.
Münch. en B. 69, Kapuzinerstr. 9

*Margann
Vitamin*
erlangen größere Fruchtfolge,
vollere Früchte u. blühend
aussehen durch Vitamin-
Quaker 20,- oder
Vitamin-Pillen 25,-
Rationaler Kräftigung
t. Blut u. Nerven. 30 Jahre
lang erfolgreich bewährt.
Otto Reidel, Berlin 42,
S. O. Eisenbahnstr. 4.

Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen
zu Tagesreisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74,
Telephon Wriezplatz 9285

Spezialarzt
Syphilis, Harn-, Frauen-
leid., Schwäche, Saisonsan-
kuren. Behandl. schnell
sicher u. schmerzlos ohne
Verfälsch. in Dr. Homoyer
& Co. konz. Labor. für Blut-
untersuch. P. Ad. Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüb.
Königsstr. 56-57, gegenüb.
1-1 u. 3-8, auch Sonntag 10-1
Honorar m. B. G., auch Teil-
zahl Separ. Damenzimmer

SPEZIALARTZT
Dr. med. Coleman
Friedrichstr. 91/92, Bn-
Haut-, Geschlechts-,
Frauen- u. Neurasth.
Individ. Behandl. nach
den neusten wissensch.
Methoden. Modernste
Einrichtungen f. Unter-
suchung u. Behandlung.
10-1, 3-8, Sonntag 10-12

O. Elsholz Reanderstr. 2
empfehl. zum bevorstehenden Osterfest:
Junge Raben **Steg. Maif-Buten** Junge Kapuas
Jette Raben **Steg. Maif-Buten** Junge Tauben
Osterkammer, P. B. 6 M., große Osterker, Stück 1,30 M.
Wildbraten! Feine Rehräucher, Rehräucher!

21 Tage

haben Sie noch - dann müssen
Ihre Besorgungen erledigt sein,
wenn Sie die Ostertage im
Schmucke Ihrer neuen Früh-
jahrskleidung verleben wollen

Kommen Sie zu uns. Die Fülle
des Gebotenen wird Sie über-
raschen und unsere niedrigen
Preise werden Ihnen den Ein-
kauf um so leichter machen

23
MÄRZ

Donnerstag

24
MÄRZ

Freitag

25
MÄRZ

Sonnabend

26
MÄRZ

Sonntag

Elegantes Kleid
aus vorzüglicher Cheviot-
ware mit den beliebten
Faltenpartien u. ganz neu-
artiger Stickereiverzierung.
Offen und geschlossen zu
tragen

**Der moderne
Frühjahrmantel**
aus vorzüglich feuchartigen
Stoffen in schönen, modis-
chen Farben. Die Rücken-
partie ist in moderner Art
ganz besonders nett aus-
gestattet. Andersfarbiger
Kragen u. bunter Schleif-
gurt

340.- 450.-

Königstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestraße 113
Beim Stettiner Bahnhof

Arbeitsmarkt und Arbeitslose.

Von Albin Rosta.

Immer ungünstiger hat sich in Deutschland die Arbeitsmarktlage gestaltet. Der Stand vom Jahreswechsel 1919/20 ist überschritten. Bei den unterstützten Erwerbslosen konnte bis Anfang Juni 1920 eine erfreuliche Rückwärtsbewegung von 454 775 auf 271 660, also um zwei Fünftel konstatiert werden.

Ein Ueberblick über die Arbeitsnachweiseberichte zeigt, daß die Zahl der Erwerbslosen mehr denn doppelt so groß ist wie die Zahl der Unterstützten. Für Dezember 1920 sind 811 347 männliche und 232 912 weibliche Arbeitsgesuche, also zusammen 1 044 259 verzeichnet, gegenüber Dezember 1919 ist das ein Mehr von 82 145. Bei den offenen Stellen tritt das umgekehrte Verhältnis zutage, 503 869 von Dezember 1920 und 552 231 von 1919, also 48 362 weniger Angebote.

Von der weiteren Beschränkung unserer Erwerbstätigkeit zeugt ferner der Verlust von 221 694 Pflichtmitgliedern der Krankenkassen im Monat Dezember 1920, nachdem im November bereits ein empfindlicher Rückschlag eingetreten war.

Ein Gradmesser für die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit ist auch durch die Feststellungen der Gewerkschaften gegeben. Für Dezember 1920 wurde bei einer Anteilnahme von 5 544 558 Mitgliedern über 225 581 und für Dezember 1919 bei 4 496 756 über 131 710 Arbeitslose berichtet. Das ergibt auf je 100 vom Bericht erfasste Mitglieder 4,1 Arbeitslose in 1920 und 2,9 Arbeitslose in 1919, das sind 41 Proz. Steigerung.

Die hier angegebene Höchstzahl Erwerbsloser von über 1 Million ist als ganz zutreffend nicht anzusehen. Ein Teil der Arbeitslosen ist nicht auf den öffentlichen Nachweisen gemeldet, sie sind auch nicht in der Erwerbslosenfürsorge, müssen aber doch mit gerechnet werden. Das Heer der Erwerbslosen darf daher wohl ohne Uebertreibung auf 1 250 000 geschätzt werden.

Leider müssen wir uns hier auf Schätzungen verlassen, da wir keine Arbeitsmarktstatistik haben, aus der mit Zuverlässigkeit der wirkliche Umfang der Arbeitslosigkeit zu ersehen wäre. Alle Statistiken, die wir zu Hilfe nehmen können, sind nur Teilaufnahmen dieses wichtigen volkswirtschaftlichen Gebietes. Vielleicht bringt die spätere Gesetzgebung die Möglichkeit hier tiefer zu schürfen und zutreffendere Schlüsse auf die gesamte Arbeitsmarktlage ziehen zu können.

Mit diesen Zahlen ist aber das Elend durch Arbeitslosigkeit nicht erschöpfend gezeichnet. Zu ihnen kommen noch die vielen Kurzarbeiter und Ausseher. Nach Angaben einzelner Gewerkschaften haben allein in der Stichtzeit Personen verkürzt gearbeitet: 10 704 in Glasfabriken, 14 486 in der Buchbinderei, 8192 in der Schuhmacherei, 961 in der Holzindustrie, 5000 in Buchdruckereien, 8830 in öffentlichen Betrieben. Kurzarbeiter und Erwerbslose, zusammen genommen, machen sicher 1 1/2 Millionen aus. Hierzu ebensoviel Familienmitglieder gerechnet, ergibt die runde Summe von 3 Millionen Menschen, die direkt unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben.

Dabei bleiben unsere Ziffern stark zurück hinter denjenigen vom Anfang des Jahres 1919. Das ist erklärlich schon durch das damalige gewaltige Rückfluten der Kriegsteilnehmer. Nachdem der Waffenstillstand aber weit über zwei Jahre hinter uns liegt, gewinnen diese neueren Zahlen ganz andere Bedeutung. Befinden sich doch unter ihnen viele langfristige Erwerbslose, auch andauernd wiederkehrend Erwerbsbeschränkte, vorübergehend und chronisch Kranke, Ausseher, Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter, verfrachtete Existenzen und dgl. Sie alle finden jetzt seltener und weniger Arbeitsgelegenheit. Die Erwerbslosigkeit ist für Hunderttausende von Staatsbürgern eine ständige Einrichtung, zur drohenden Gefahr und Not geworden, die naturgemäß wächst mit ihrer längeren Dauer. Sie wird verschärft

durch wachsende Teuerung, durch Krankheit und sonstige Notfälle in der Familie, durch geringst bemessene Erwerbstätigkeit, Freimachung von Arbeitsstellen, Aufhebung von Doppel-erwerb im engeren Familienkreis, durch weitgehende Verpflichtung zu gegenseitiger Unterstützung der Familienmitglieder und anderes mehr.

Die Folge dieses Zustandes ist dauerndes Elend, Schwächung der Schaffens- und Volkskraft, langames Verkümmern. Geschäftliche Unternehmer und Handelsleute mit samt ihren treuen Schützlingen verließen demgegenüber die Augen. Reist ungestört streichen Besizende ihre hohen Gewinne ein, führen Schieber und Wucherer ihr leichtsinniges Handwerk und Schlemmerleben weiter, gewissermaßen als Verböhnung der Not der Massen. Ueberfluß auf der einen, Darben auf der anderen Seite. Die Selbstsucht feiert hier ihre Triumphe. Von ihr wird ein großer Teil der Menschen in den Strudel gezogen, in seinem Tun beeinflusst.

Hilfe aus dieser Misere kann nur die Hebung unserer Volkswirtschaft bringen. Ein Blick auf die internationale Wirtschaftslage zeigt, daß die Arbeitslosigkeit in allen Ländern mehr oder minder scharf austritt, besonders stark in Amerika und England. Es ist demzufolge nicht so leicht, hier Wandel zu schaffen. Schwierigkeiten aller Art türmen sich auf. Die Aussichten sind trübe für eine Besserung. Unser Drängen gilt daher dem Nächstliegenden, dem Nächsterreichbaren.

So begrüßenswert die am 17. November 1918 von den Volksbeauftragten geschaffene Reichsverordnung für Erwerbslosenfürsorge war, ihre Wirkung darf nicht überschätzt werden. Eine Beseitigung der Notlage der Erwerbslosen ist durch die Gewährung von materieller Unterstützung unmöglich, da sie eben nur Unterstützungsgewährung und nicht die Bereitstellung von Existenzmitteln sein kann. Selbst in der Entlohnung der Hand- und Kopfarbeiter ist heute noch nicht die Garantie eines Existenzminimums gegeben, wieviel weniger kann sie bei der Unterstützungsgewährung zur Durchführung kommen. Die Hilferufe des Volkes gelten auch mehr der Arbeitsbeschaffung wie der Unterstützungsgewährung. Sicher hätte für die Milliarden verausgabter Unterstützungen in den letzten Jahren manch gutes Stück Arbeit, manche produktive Tätigkeit einfließen können.

An Arbeitsgelegenheiten hat es im Lande noch nicht gemangelt und wird es sobald nicht mangeln, nur müssen rechtzeitig die richtigen Wege für ihre Freimachung beschritten werden. Mehr Arbeit wie bisher ließe sich unstreitig schaffen. Das Volk muß von der so depressierenden, die Volkskräfte zerlegenden Unterstützungssuche, durch Schaffung von Arbeit erlöst werden. Das ist, wenn auch nicht von heute auf morgen, so doch für die nächste Zeit durchführbar. Die beste Erwerbslosenfürsorge ist Arbeitsbeschaffung. Deshalb: Schafft und leistet Arbeit!

Wirtschaft

Oesterreichliche Handelsverträge. In Deutschösterreich fängt man jetzt an, mit den Nachbar- und Nachfolgestaaten Handelsabkommen abzuschließen. Vom Dezember 1918 bis zum Sommer 1920 hat man vorwiegend Kompensationsverträge mit dem Auslande abgeschlossen. Seit dem Sommer 1920 ging man zu dem Abschluß von Kontingentverträgen über. Bei diesen ist im Gegensatz zu den Kompensationsverträgen nicht mehr die Lieferung von Ware gegen Ware vorgesehen, sondern beide Vertragsgegner sind verpflichtet, für bestimmte Warenkontingente die Ein- und Ausfuhrbewilligungen zu erteilen, während die tatsächliche Lieferung dem freien Handel überlassen wird. Derartige Kontingentverträge sind abgeschlossen mit Jugoslawien, Rumänien, der Schweiz und mit Deutschland. Mit Bulgarien wurde ein Abkommen mit wechselseitiger Reistbegünstigung abgeschlossen. Das mit Ungarn vereinbarte Handelsabkommen konnte wegen politischer Differenzen (Abtretung Westungarns) bisher noch nicht unterzeichnet werden. In der nächsten Zukunft sind Handelsverträge mit der Tschechoslowakei, mit Polen, Italien und Griechenland zu erwarten. Die österreichische Handelsbilanz war im Jahre 1920 mit 75 v. H. passiv. Es ist auch kaum zu erwarten, daß dieses Verhältnis sich in absehbarer Zeit ändern wird, solange die österreichische Industrie unter dem Kohlenmangel zu leiden hat. Ein wirtschaftlicher Wiederaufbau Deutschösterreichs ist ausgeschlossen, solange nicht die Industrie und das Verkehrswesen genügend mit Kohle versorgt werden.

Soziales.

Die Erwerbslosenunterstützung.

Wie das Reichsarbeitministerium mitteilt, blieben die zurzeit geltenden Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung, die als erhöhte Winterläge zunächst nur bis zum 31. März 1921 Geltung haben sollten, auch noch im April in Geltung.

Außerordentliche Generalversammlung der G.E.G.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Groß-Einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine tagte am 14. März in Frankfurt a. M., um für den verstorbenen Geschäftsführer Selfer

einen neuen Geschäftsführer zu wählen. Auf der Tagung waren 146 Vereine durch 276 Delegierte vertreten. Die Wahl fiel einstimmig auf Everling-Hamburg. Als Prokuristen wurden Albert-Ludwigshafen a. Rh., Bodden-Ehlingen und Borgner-Bielefeld gewählt.

Arbeitsvermittlung.

Wie der Krieg selbst hat die Nachkriegszeit eine Fülle von neuen Organisationen beherrscht. So sind seit dem Ende des Jahres 1919 auch die Landesarbeitsämter ins Leben getreten, deren Arbeitsbereich in Preußen im allgemeinen mit den Provinzen zusammenfällt. Will man das Tätigkeitsgebiet dieser neuen Behörde mit einem Wort umreißen, so könnte man sagen: Ihre Aufgabe ist die Bewirtschaftung der Arbeit für den Bereich der Provinz. Im einzelnen ergeben sich daraus für die Landesarbeitsämter vorläufig vier Hauptaufgaben: Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Arbeitsbeschaffung, Arbeitslosenversicherung.

Die älteste und zurzeit noch wichtigste Aufgabe besteht in dem Ausbau der Arbeitsvermittlung, der Organisation des Arbeitsmarktes. Auch auf diesem Gebiet haben die Arbeitsämter noch manches zu tun: Ausbau des Systems der Arbeitsnachweise, wo es noch Mängel aufweist. Besonders auf dem Lande fehlen hier und da die öffentlichen Arbeitsnachweise noch gänzlich. Verbesserung der Vermittlungsarbeit. Das Ziel muß sein: Den rechten Mann stets an die rechte Stelle zu bringen. Davon ist man aber in Wirklichkeit noch weit entfernt. In den großen Städten sind die Arbeitsnachweise zu wenig zahlreich, zu wenig dezentralisiert, zu sehr überlaufen. Die allgemeine und fachliche Bildung der Vermittler läßt häufig zu wünschen übrig. Es wird nur zu oft mehr auf die großen Zahlen als auf die Güte der Vermittlung gesehen. Auf die Mitwirkung des Arztes und des Psychologen wird meist noch verzichtet. Kurz: trotz erster Arbeit und wesentlicher Verbesserung sind die Vorwürfe der Gegner der öffentlichen Nachweise nicht ganz unberechtigt. Ferner und besonders da, wo die Vermittlung sich noch der Natur der Dinge nicht auf einen Ort beschränken kann, vielmehr ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage über die ganze Provinz hin erstrebt werden muß, sollte das Landesarbeitsamt die Vermittlung selbst in die Hand nehmen.

Regelung der Arbeitszeit.

Amlich wird mitgeteilt: „Der Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter wird vom Reichsarbeitministerium nunmehr in Kürze dem Reichsrat und den Reichstagen vorgelegt werden. Dem Entwurf soll sobald als möglich ein weiterer Entwurf zur Regelung der Arbeitszeit der Angestellten folgen. Die getrennte Behandlung beider Arbeitnehmergruppen erklärt sich aus den Verpflichtungen, die der deutschen Regierung aus ihrer Teilnahme an der Internationalen Arbeitsorganisation beim Völkervertrag erwachsen und die eine beschleunigte Vorlage des Gesetzesentwurfs für gewerbliche Arbeiter erfordern. Die zeitlich getrennte Vorlage der beiden Gesetzesentwürfe hat in Angestelltenkreisen die Befürchtung veranlaßt, daß damit eine Schlechterstellung der Angestellten bei der Regelung der Arbeitszeit beabsichtigt sei. Das Reichsarbeitministerium legt Wert darauf, festzustellen, daß diese Befürchtung gänzlich unbegründet ist und daß die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten in gleicher Weise auf der Grundlage des Achtstundentags erfolgen wird, wie die Regelung für die gewerblichen Arbeiter.“

Berichtszeitung.

Die militärische Grupplicht.

Interessante Erörterungen über das Wesen der militärischen Grupplicht bei Begegnung mit einem Vorgesetzten knüpften sich an eine Anfrage wegen schwerer Gehoramsverweigerung, die gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Der zum Reichswehrministerium kommandierte gewesene Offiziersstellvertreter Johannes Waier ging Anfang April 19 durch die Belledienststrafe; als der Major v. Collani an ihm vorbeifuhr, unterließ der Angeklagte jede Art von Ehrenbezeugung und wurde deshalb vom Major zur Rede gestellt. Ein zweites Mal wiederholte sich derselbe Vorgang. Der Angeklagte behauptete nun folgendes: er habe aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren gehabt, daß v. Collani im Offizierskasino sich in einer scharfen Kehrerung für die am Kapp-Putsch beteiligten Offiziere eingesetzt und sich dahin geäußert habe: die Offiziere sollten sich trotz des ergebnislosen Hoffens vor den General v. Lüttich stellen und der Regierung die Faust ins Auge drücken. Der Angeklagte erklärte vor dem Kriegsgericht weiter, er habe hiernach den Major v. Collani für einen Offizier gehalten, der sich außerhalb der Verfassung gestellt habe und zu denen gehöre, die nach einer Kehrerung der Regierung aus dem Heere entfernt werden müßten. — Das Kriegsgericht hatte den Angeklagten freigesprochen und unter ausführlicher juristischer Begründung und Betrachtung der verschiedensten zu beachtenden Gesichtspunkte dargelegt, daß ein strafrechtlich zu ahnender Ungehorsam nicht vorliege, da die diese Materie, die Grupplicht ist, regelnden Bestimmungen der Reichsregierung vom 10. Januar und 29. Mai nicht Befehle in Dienstsachen seien, sondern das außerdienstliche Verhalten der Angehörigen der neuen Armee regeln. Nach diesen Bestimmungen soll der militärische Gruß nicht ein Zeichen des Zwanges und der Unterwürfigkeit, sondern der Ausdruck der Kameradschaft sein und es sei an Stelle des Gruppzwanges des Untergebenen die gegenseitige Grupplicht getreten. Es liege kein strafrechtlicher Ungehorsam, auch keine Beleidigung und keine Achtungsverletzung vor. — Gegen das freisprechende Urteil des Kriegsgerichts war Berufung eingelegt worden, aber die nun die Strafkammer zu befinden hatte. Der Staatsanwalt beantragte die Beurteilung des Angeklagten zu drei Wochen Mittelarrest. Der Verteidiger hielt dagegen die vom Kriegsgericht geltend gemachten Gründe für durchaus zutreffend. Der Angeklagte sei daher freizusprechen, eventuell der § 2 des Amnestiegesetzes vom 4. August auf ihn anzuwenden. — Das Gericht erkannte auf Grund des Amnestiegesetzes auf Einstellung des Verfahrens.

CAID Die guten MASSARY Zigaretten URTEILEN SIE SELBST! ROAL

Oberlandesgerichtsrat... Potsdamer Str. 113, Zimmer 2494, Direktor Fabisch.

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jacken-Anzüge, Cutaways, Mäntel... Nur Rosenthalerstr. 69-70

Spezial-Arzt... Nur Rosenthalerstr. 69-70

Schreckensherrschaft in Oberschlesien.

Kattowitz, 23. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der polnische Terror zieht immer weitere Kreise. In den letzten mit polnischer Mehrheit, aber auch in den Orten, die für russisch gestimmt haben, ist Schrecken eingejagt. Baum durchstreifen die Orte angegriffen, da sie es kaum dazu kommen, Zusammenkünfte vor den Augen der interalliierten Truppen herbeizuführen, und nur wenn es zu Zusammenkünften kommt, greifen die Besatzungstruppen ein. So will es das alte Regiment. Die Abstimmungsbehörde macht mit den Banditen eine gemeinliche Sache. Die Banditen selbst sind meist halbwüchsige Archen.

Ein Einzelheiten ist zu berichten: In Boguski-Süd land gestern eine lebhafte Schießerei statt. Halblichthige Burschen hatten sich in Massen versammelt. Die besonnenen Elemente wollten nicht mitmachen, da sie etwa 30 bis 40 Schüsse. Die Schießerei hielt die ganze Nacht an, während die Soldaten die Straßen durchkämmten, auf offene Fenster schossen und sich ein besonderes Vergnügen daraus machten, die Campen auf polnisch auszulöschen, d. h., durch Schüsse zu zerstören. In Jabliska, Kreis Kalibor, wurden 2 Lehrer erschossen und der Kaufmann Rehrhard durch Schüsse an der Straße her getötet, als sie mit dem Pfarrer von Jabliska spielte. Schwere Todesopfer forderte ein Gefecht mit den Banden und polnischen Banden, das in Karb bei Deutschendorf stattfand. Hier befanden sich Banden in einem Hause, wobei sie gestern Abend vor einer ankommenden polnischen Bande flüchten wollten. Diese umstellte das Haus. Es entstand eine regere Schießerei, bei der sich die Banden wehrten, bis sie ihre Munition erschossen hatten.

Als die Belagerten schließlich das Feuer einstellen, griff die lange die Überlebenden an und mißhandelte sie schwer. Drei wurden dabei schwer verletzt. Bisher sind zwei Landräte und 5 Banditen tot gemeldet.

Ein funktentelegraphischer Notschrei.

Kattowitz, 23. März. (M.D.) Die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens haben folgenden Aufruf an alle abgegeben:

Nachdem die Polen in der ober-schlesischen Volksabstimmung sterben, über sie von der polnischen Grenze ausgehend gegenüber der deutschen Bevölkerung in den Landgemeinden den ungeheuerlichen Terror aus. Mehrere Deutsche sind seit der Abstimmung ermordet worden, Hunderte von Arbeitern sind an ihren Arbeitsstätten vertrieben. Die Bevölkerung flüchtet in Tausenden in die überfüllten Städte. Hunderte von Verwundeten suchen Schutz und Hilfe. Die Interalliierte Kommission trifft ebensowenig wie im August 1920 Maßnahmen gegen den Terror. Die deutsche Bevölkerung ist hilflos hilflos dem verbrecherischen Treiben der Polen ausgeliefert. Wir fordern von der ganzen Kulturwelt die Einwirkung auf die Interalliierte Kommission, damit diese barbarischen Verbrechen sofort bestraft werden.

Kattowitz, 23. März. (M.D.) Die Abstimmung in Gieschewitz ist auf eine ungeheuerliche Weise beeinflusst worden. Am Sonntagabend von 8—12 Uhr nachts und am Sonntag von 4—8 Uhr morgens erlöste andauerndes Trommelrufen um den Ort. Polnische Wachen verbotenen: Wer deutsch stimmt, kann sich ausmalen, was er danach erwartet. Auf diese Weise sank das erwartete Abstimmungsergebnis von 70 Proz. auf 30 Proz. zwischen Stimmen. Am Montag durchzogen mit Gummirollen ausgerüstete Banden den Ort und kündeten an, daß Rektor Sade, Lehrer Jodian, Konsumverwalter Siebenhardt und andere deutsche Persönlichkeiten an einem Strick von Stroh und unter Vorwand einer Musikkapelle durch den Ort geführt und dann erschossen werden sollten. Selbstverständlich warnte niemand die Bedrohten, bis man ihn abholte, sondern verzog sich auf schmalen Wege nach Kattowitz. Auch in Ritschschach ging es am Montag sehr lebhaft zu. Auf dem Straßenturm hatte man eine weiße Fahne gehißt. Die beiden polnischen Kreisführer Rektor aron und Lehrer Kraszinski hielten Ansprachen an das Volk. Auch er hieß es, alle Deutschen müssen bis 12 Uhr nachts draußen sein, er sie würden erschossen. So sah auch hier alles nach den schrecklichen Mord von Kattowitz. In Schoppinisch wurde am Montagabend um 1/2 11 Uhr beim Hausbesitzer und Maschinenwärter tege eine Handgranate in die Wohnung geschleudert. Zum Glück fand sich die achtschöpfige Familie im anderen Zimmer, aber die ganze Wohnungseinrichtung wurde vernichtet.

De Rond verspricht endlich Hilfe.

Oppeln, 23. März. Im Auftrage der Reichsregierung ist der deutsche Bevollmächtigte, Fürst Hofffeld, heute Abend russische Vorstellungen bei der Interalliierten Kommission gegen der Zustände im ober-schlesischen Industriegebiet erhoben und sofortigen militärischen Schutz der Bevölkerung gegen polnischen Gewalttaten verlangt. Die Interalliierte Kommission ist darauf zugesichert, daß Truppenverpflichtungen nach Kattowitz und Weichen einleitet werden. Die Truppen werden heute nach ihren Bestimmungsorten eintreffen.

Der A. D. S. B. für ein ungeteiltes Oberschlesien.

Der Ausschuss des A. D. S. B. beschloß in seiner Sitzung vom 2. März folgende Kundgebung:

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den Ausfall der Volksabstimmung in Oberschlesien als einen Beweis, daß die große Mehrheit der Bevölkerung dieses Industriegebietes selbst von der Notwendigkeit des Verbleibens in Deutschland überzeugt ist.

Der Bundesausschuss spricht die Erwartung aus, daß der Reichsausschuss der dortigen Bevölkerung auch von den alliierten Mächten unterstützt wird und Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland verbleibt. Jede Zerreißung Oberschlesiens würde nicht nur Deutschland in seinem Wiederaufbau und in der Erfüllung seiner im Friedensvertrage übernommenen Verpflichtungen aufs schwerste emmen, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung der dortigen, an Deutschland abgetrennten Gebiete gefährden und die sozialpolitischen Errungenschaften der betroffenen Arbeitnehmer vernichten.

Der Bundesausschuss nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den auch nach der Abstimmung fortgesetzten polnischen Verhandlungen gegen deutsche Gewerkschaften, die sich ergebnislos um ausreichenden Schutz an die Interalliierte Kommission wandt haben und nunmehr in einem öffentlichen Aufruf an die gesamte Bevölkerung appellieren müssen. Der Bundesausschuss beschließt die Gewerkschaften Oberschlesiens seiner tatkräftigen Hilfe und wird alle geeigneten Schritte unternehmen, um den betroffenen Brüdern den erforderlichen Schutz zu sichern.

Georgiens Vergewaltigung.

Paris, 23. März. (G.L.) Der Präsident des georgischen Staates und die georgische Minister des Auswärtigen sind in Konstantinopel eingetroffen, da sie Batum durch die Besetzung durch bolschewistische Truppen schließlich verlassen mußten.

Die Reichsbankmilliarde.

In der französischen Presse wird immer lebhafter, augenscheinlich auf Grund von Inspirationen durch die französische Regierung, gefordert, die Entente solle den Goldbestand der deutschen Reichsbank einfach beschlagnahmen, um so die Milliarde einzutreiben, deren Befreiung bis zum 23. März von der Wiedergutmachungskommission verlangt worden ist. Der Goldbestand der Reichsbank ist aber nicht Reichseigentum, denn die Reichsbank, an der das Reich beteiligt ist, ist nicht eine rein staatliche Einrichtung. Die Bestände der Reichsbank sind deshalb auch bisher von den Besatzungsbehörden als Privateigentum respektiert worden. Wenn nun die Entente wirklich dem Vorschlag der Pariser Presse folgen würde, so würde das einen neuen Gewaltakt bedeuten, der außer der moralischen Wirkung eines Rechtsbruchs auch eine ungeheure finanzielle Wirkung auslösen würde.

Ueber die Tragweite einer solchen Maßnahme in finanzieller Hinsicht wird uns geschrieben:

Der Goldschatz der Reichsbank beträgt zurzeit 1.091.449.000 M., was einem Betrage von 13 Milliarden Papiermark entspricht. Der deutsche Notenumlauf hat 65 Milliarden erreicht. Nicht nur im Interesse Deutschlands allein würde sich die Reichsbank einer Forderung nach Hergabe des Goldschatzes bis zum Außersten widersetzen. Eine gewaltige Begegnung wäre zweifellos ein Bruch des Friedensvertrages. Deutschland selbst hat im Krieg die Bestände der Banque de France in den damals besetzten Gebieten durchweg unangefast gelassen, und die Franzosen haben dort, wo sie zeitweise deutsches Gebiet besetzen konnten, gegenüber den Kassenbeständen der Reichsbankfilialen ebenso gehandelt; zwar hatten sie in Wärfhäusern den Kassenbestand weggenommen, ihn aber nach wenigen Stunden wiedergebracht, als sie sich überzeugt hatten, daß es sich nicht um Reichseigentum, sondern um Privateigentum handelte.

Eine Wegnahme des Goldbestandes der Reichsbank würde zunächst der deutschen Währung die Hauptdeckung entziehen und eine katastrophale Entwertung unserer Noten herbeiführen. Von dieser Entwertung würden aber auch betroffen: die mindestens 20 Milliarden Reichsbanknoten, die sich in Frankreich, Belgien, ganz besonders aber in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und den neutralen Ländern befinden; die ausländischen Bankguthaben auf Deutschland in Höhe von etwa 30 Milliarden Mark — auch hier wieder in erster Linie Nordamerika und die Neutralen —, der ausländische, ganz besonders nordamerikanische, Besitz an deutschen Schatzanweisungen, Anleihen, Aktien usw. im Mindestbetrage von 25 Milliarden und schließlich auch die Kredite von etwa 20 Milliarden, die Deutschland im Zustande zur Beschaffung von Lebensmitteln, Rohstoffen usw. aufgenommen hat.

Die Gesamtforderungen des Auslandes, vor allem Nordamerikas und der Neutralen, aber auch unserer ehemaligen Feinde, gegen das Inland betragen 95—100 Milliarden Mark. Die ungeheure Schädigung der Besitzer dieser Forderungen durch eine Wegnahme der Deckungsgrundlage liegt auf der Hand. Die künstliche Entwertung unserer Notula würde ferner Deutschlands Kauf- und Einfuhrmöglichkeit außerordentlich stark beeinträchtigen und vor allem jene deutsche Schleuderkonturen (dumping), gegen die sich das Ausland wehrt, gewaltig fördern.

So schwer auch wir also durch einen Raub des Goldschatzes getroffen würden — die Schäden für das Ausland wären kaum geringer!

Zahlung ist unmöglich!

Paris, 23. März. (Holländisch Neusbureau.) Der deutsche Geschäftsträger Lucius hat in Abwesenheit des deutschen Botschafters Dr. Mayer der Reparationskommission gestern mitgeteilt, daß es Deutschland unmöglich ist, die eine Milliarde Goldmark zu bezahlen.

Paris, 23. März. (G.L.) Eine Hanasammlung kommentiert die deutsche Note wie folgt: Die deutschen Sachverständigen seien bereit, bei den Abschätzungen durch den Entscheidungsausschuss teilzunehmen und im Falle eines Fehlbetrages bzgl. einer auswärtigen Anleihe zu beraten. Die Abschätzung, die vom Ausschuss vorgenommen wurde, sei als ungültig zu betrachten, da hier ausschließlich der Ausschuss in Betracht kommt. Andererseits aber legt sich die deutsche Regierung über die Zahlung der einen Milliarde Goldmark hinweg, da ihr die Zahlung unmöglich sei.

Lloyd George über den Handel mit Rußland.

London, 23. März. (Holländisch Neusbureau.) Bei den Besprechungen über den Handelsvertrag mit Sowjetrußland betonte Lloyd George im Unterhaus, daß die Uebereinkunft ausschließlich ein Handelsvertrage sei, der in Rußland die Sowjetregierung als de-facto-Regierung anerkannt habe, was sie ja auch zweifellos sei. Er behaupte es, daß die Sowjetregierung im vorigen Jahre die Einladung der englischen Regierung zur Besprechung einer allgemeinen Regelung der bestehenden Differenzen nicht angenommen hätte. England sei also gezwungen, sich auf ein Handelsabkommen zu beschränken. Lloyd George erklärte dann weiter, er wisse nicht, wie lange die Sowjetregierung noch dauern werde. Es stehe zwar im Augenblick keine Alternative bevor, aber wohl könne man eine Änderung in Rußland selbst bereits feststellen. Man komme zurück zu dem wilden Kommunismus und lange an, anzuerkennen, daß dieses System nicht mit der menschlichen Natur in Uebereinstimmung zu bringen sei. Er erinnere nur an die bemerkenswerten Reden Lenins, die vom Moskauer drahtlosen Dienst übermittelt worden seien. Lenin begreife sehr wohl, daß Rußland Handel treiben müsse und daß Lokomotiven nicht allein mit Theorien wiederhergestellt werden könnten. Die Sowjetregierung bestehe aus sehr geschickten Leuten, die ihre Geschicklichkeit aber nur dadurch bewiesen, daß sie ihre Doktrinen wiedergeben. Lloyd George fordert die englische Arbeiterpartei auf, dem Beispiel Lenins zu folgen.

Hopper gegen Sowjet-Rußland.

London, 23. März. (Holländisch Neusbureau.) „Times“ meldet aus New York, daß Hopper, der amerikanische Handelsminister, gestern eine Erklärung abgab, worin er sich gegen ein Handelsabkommen mit Rußland Stellung nahm. Diese Erklärung wird allgemein als die Auffassung der Harding-Regierung betrachtet. Harding war der Ansicht, daß die Frage der Handelsbeziehungen mehr einen politischen als einen wirtschaftlichen Charakter trage, da Rußland seine Waren von irgendwelcher Bedeutung liefern könne, abgesehen von Gold und Juwelen, über die die Sowjetregierung verfüge. Die Produktion in Rußland sei gering und unter dem Sowjetregime eigentlich ganz ruiniert worden. Eine Änderung sei nicht zu erwarten, solange die bolschewistische Theorie in Rußland aufrechterhalten würde. Hopper wies darauf hin, daß die russische Fleischproduktion vor dem Kriege eine halbe Million Tonnen jährlich betrug. Im vorigen Jahre betrug diese Ziffer nur 40.000. Die russischen Splundererlen könnten früher 120.000 Tonnen jährlich ver-

arbeiten, aber jetzt habe das russische Volk großen Mangel an Fleisch. Hopper vertritt die Ansicht, daß mit Rußland ein Handel auf Kredit unmöglich sei, da die Sowjetregierung die ganzen Privatgeschäfte nicht anerkenne.

Saubere Kampfmethoden.

Daß es mit der Unabhängigen Sozialdemokratie allmählich zu Ende geht, das haben die Preußenwahlen und zuletzt noch die medienburgischen Landtagswahlen deutlich genug gezeigt. Darüber täuschen alle zuverlässigen Löhne einzelner Führer, die lediglich um ihre politische Existenz kämpfen, nicht hinweg. Auf der Reichskonferenz der USPD, die hinter streng verschlossenen Türen tagte, dürfte wohl die kognenämmerliche Stimmung in den unabhängigen Reihen deutlich zum Ausdruck gekommen sein. Nur so läßt sich der gestrige Leitartikel Kurt Rosenfelds in der „Freiheit“: „Sündenregister der SPD“ erklären. In den letzten Monaten hatte sich das unabhängige Blatt einer gewissen — verhältnismäßigen — Objektivität unserer Partei gegenüber befleißigt. Jetzt läßt es Herrn Rosenfeld gegen die Sozialdemokratische Partei Sturm laufen. Die Kampfweise des Herrn Rosenfeld ist sehr einfach: er greift einzelne, meist sehr komplizierte Fragen heraus, stellt sie so dar, wie es ihm und seinem Agitationsbedürfnis gerade paßt, und klagt die SPD an, anders gehandelt zu haben, als die stets „grundsätzliche“ USPD. Oder er zitiert ein paar Worte einzelner Mitglieder der SPD, von denen er zwar sehr gut weiß, daß sie entweder mit ihren Anschauungen fast allein stehen oder in der Partei nichts zu sagen haben, und stellt deren Standpunkt als für die Partei maßgebend und bezeichnend hin. Das ist ungefähr so, als wenn wir sagen würden: Die ganze USPD besteht nur aus allen Weibern, denn sie hat Ledebaur als Vorsitzenden. Oder: Die USPD ist eine Sammlung von taumelndistischen Advokaten, denn...

Ein Beispiel nur für die schmutzige Kampfweise des Herrn Rosenfeld. Wir lesen am Schluß seines „Sündenregisters“:

Haenisch: Seine ganze „Kultur“-Politik: Abblüte vor dem Marburger Arbeitermord. Durch den Haenisch-Griech wurden trotz der Gefahr monarchistischer Auswirkung für den 18. Januar Feiern in den Schulen angeordnet.

Eine Mischung von demagogischer Niedertracht, Unwahrhaftigkeit und Unwahrheit: mit diesen drei Worten soll zwar nicht die ganze USPD gekennzeichnet werden, wohl aber Herr Kurt Rosenfeld.

Dieser kommt am Schluß seines in epheborischen Stil verfaßten Artikels zu dem Ergebnis, daß vom Sozialismus in der SPD nichts mehr zu finden ist. Nur haben die Mitglieder der SPD dies „noch nicht“ durchgesehen. ... Um den Sozialismus muß es allerdings in Deutschland sehr schlecht bestellt sein! Denn es gibt fünfmal soviel Sozialdemokraten als Unabhängige und Kommunisten zusammen. Und während der Wiederaufstieg der SPD, erst von neuem begonnen hat, ist der Niedergang der Partei des Herrn Rosenfeld „noch nicht“, aber nach langer nicht beendet. Das liegt eben daran, daß die SPD mit ihren vier Millionen Wählern (allein in Preußen) vom Sozialismus nichts versteht.

Die Not im Zeitungsgewerbe.

Berlin, 23. März. Von beteiligter Seite erhält B.L.B. folgende Mitteilung: Eine Aussprache zwischen den Druckpapierfabrikanten und den Vertretern der deutschen Zeitungsvorlegerverbände im Reichswirtschaftsministerium hat nach tagelangen Vorberatungen heute mittags zu der Erkenntnis geführt, daß die neue ungeheure Preisforderung für Zeitungspapier vom 1. April an weder von der Presse, noch von den Zeitungslern, noch den Inserenten getragen werden kann. Eine solche Preissteigerung würde sich unabwendbar auswirken in stärkster Einschränkung oder gar Stilllegung der Zeitungsbetriebe. Die Lage ist mit keiner früheren vergleichbar. Es geht für die Presse um Sein oder Nichtsein, und was für die Zeitungen gilt, gilt für alle im Zeitungswesen tätigen Einzelkräfte. Angesichts der schweren politischen und wirtschaftlichen Folgen für unser gesamtes öffentliches Leben wird die eilige einberufende Versammlung der deutschen Zeitungsvorleger so schwerwiegende Entschlüsse zu fassen haben, wie nie zuvor. Regierungen und Parlamente werden sofort eingreifen müssen, wenn eine sonst unabwendbare Katastrophe verhindert werden soll.

Ansiedlung von Vertriebenen.

Infolge eines Beschlusses der Landesversammlung, der eine möglichst rasche Wiederansiedlung der aus Polen zurückkehrenden Ansiedler fordert, hat der preussische Sanowwirtschaftsminister, Genosse Braun, die provinzielle gemeinnützige Siedlungsgesellschaft darauf hingewiesen, daß für die Wiederansiedlung auf deutschem Boden in erster Linie Bewerber in Betracht kommen, die nach dem 1. Januar 1908 in das jetzige Polen eingewandert sind; denn diese Ansiedler werden auf Grund des Friedensvertrages zum Verlassen des Landes gezwungen. Ferner sollen solche Bewerber berücksichtigt werden, deren Kaufverträge von den Polen willkürlich für ungültig erklärt wurden und die gewaltam von ihren Stellen entfernt worden sind. In gleicher Weise bevorzugt werden sollen weiter auch Pachtansiedler, deren Pachtverträge nach Ablauf nicht erneuert werden. Es soll den aus ihren Wohnsitzen vertriebenen Landeluten das sichere Bewußtsein gegeben werden, daß ihnen nach Möglichkeit ein Unterkommen in der deutschen Heimat verschafft wird.

Wahlen zum Staatsrat.

Kassel, 23. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der 15. hessisch-provinziallandtag, der vom 21. bis 23. März im Ständehaus zu Kassel unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorstehers Hopf, Frankfurt, tagte, wählte in seiner letzten Sitzung die fünf Vertreter der Provinz Hessen-Rassau im preussischen Staatsrat. Es wurden gewählt: Bürgermeister Eduard Graf, Frankfurt, Stadtrat Blittrock, Kassel (Soz.), Rechtsanwalt Dr. Kumpf (D. Vp.), Landeshauptmann v. Gehren, Kassel (Dnat.) und Verwaltungsdirektor Einz-Wiesbaden (Zentr.).

Der dem Provinziallandtag zugegangene Gesuchentwurf der Staatsregierung über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzen wurde einem zwanzig Mitglieder zählenden Autonomieausschuss überwiesen.

Regierungsbildung in Hamburg. Am Mittwoch fand in der Hamburger Bürgerchaft, wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, die Wahl des neuen Senats statt. Die Sozialdemokraten und Demokraten hatten einen gemeinsamen Wahlvorschlagn aufgestellt, der auch gewählt wurde. Die Rechtsparteien gaben weiße Zettel ab. Außer drei neutralen Senatoren aus der vorparlamentarischen Zeit gehören dem Senat 5 Demokraten und 8 Sozialdemokraten an, unter ihnen die Genossen Stöten, Stubbe, Krause und Henke. Unter den Demokraten befinden sich die Abgg. Dr. Peiseren und Stubmann.

Gewerkschaftsbewegung

Die Wahlparole der Afa-Verbände.

Aus den Betrieben wird gemeldet, daß freigewerkschaftlich organisierte Kollegen mit Mitgliedern der gelben Angestelltenverbände über die Aufstellung „gemeinschaftlicher“ Listen zur Betriebsratswahl verhandeln — ja sogar auf solchen „Einheitslisten“ kandidieren.

Dies geschieht gegen die Beschlüsse unserer Körperschaften unter Nichtachtung unserer klaren Grundsätze. Aus sogenannten „Zweckmäßigkeitsgründen“ vermeidet man eine einwandfreie Stellungnahme und sucht durch Fellschen und Handeln zu erlangen, was ehrliche Proletarier allein durch Kampf erreichen können.

Kolleginnen, Kollegen, auch bei den diesjährigen Betriebsratswahlen laßt uns unser Ruf:

Gegen die Unternehmer! Gegen die Gewerkschaftsbünde!

Wer gegen den Unternehmer und seine Willkür, die sich tröster als je gerade jetzt wieder zeigt, kämpfen will, kann nicht zusammengehen mit den sogenannten Gewerkschaftsbünden. Deren Führer haben sich damit gebrüht, durch ihre Mitwirkung bei den Beratungen im Reichstag die Unzulänglichkeiten des Betriebsratsgesetzes so weit als möglich zu beseitigen, daß es in seiner jetzigen Fassung ein Mittel zur Sozialisierung nicht sein kann.

Siehe denn unsere Kollegen, die Mitglieder der Afa-Verbände, das verräterische Verhalten der Harmonie-Verbände bei vielen Lohnbewegungen der letzten Zeit vergessen? Wäre nicht ihr gewerkschaftliches Empfinden, ihr proletarisches Verantwortungsgefühl sie abhaken, zusammenzugehen mit Vertretern eines „gewerkschaftlichen“ Freibeutertums?

Wer glaubt, mit solchen „Auch-Gewerkschaftern“ die großen Ziele erreichen zu können, gehört nicht in eine freie Gewerkschaft. Wer sich auf Einheitslisten mit Selben zusammen aufstellen läßt, verstoßt gegen freigewerkschaftliche Grundsätze. Gegen ihn wird und muß unter Anwendung aller statutarischen Mittel vorgegangen werden. — Die

Wahlparole aller Afa-Verbände

laßt uns für die Betriebsratswahlen:

- Kampf für die Gleichberechtigung in der Produktionsführung!
- Kampf für die Durchführung der Sozialisierung!
- Kampf gegen den kapitalistischen Betriebsabsolutismus!
- Kampf gegen Gewerkschaftsbünde und sonstige Harmonieverbände!

Das Eintreten für die reiflose Betriebssozialität gebietet es unter Ausschaltung jeder politischen Zerküftung, einheitliche Afa-Listen für die Angestellten oder mit den Arbeitern zusammen freigewerkschaftliche Listen aufzustellen. Jede Gemeinschaft mit politischen Listen ist abzulehnen.

Kolleginnen, Kollegen! Handelt hiernach! Kämpft! Bereitet auch bei den Betriebsratswahlen unserem großen Afa-Gebanken zum Siege!

Afa-Bund, Ortsrat Groß-Berlin.
Platau, Liebestind.

Holzarbeiter, heute ist Wahltag!

Die Stichwahl zur Ortsverwaltung erfolgt heute von 4 1/2 bis 6 Uhr und Freitag von 9 bis 1 Uhr. Die Abstimmungslokale sind im Mitteilungsblatt des Verbandes und in unserem Flugblatt angegeben. Bei der Ortsverwaltungswahl stimmen die sozialdemokratischen Holzarbeiter für die

1. Freigang-Böje.

Zur Verbandstagswahl haben SPD. und USP. ihre Kandidatenlisten so weit beschränkt, daß im Verhältnis zur Stimmenzahl bei der Urwahl Vertreter beider Parteien zum Verbandstage delegiert werden können. Beide Richtungen empfehlen den Kollegen folgende 27 Kandidaten zur Wahl:

1. Bauer, Karl, Tischler, 2. Boese, Karl, Tischler, 3. Dorn, Robert, Kaminarbeiter, 4. Dörwald, August, Kammacher, 5. Eide, Otto, Hobler- und Modellmacher, 6. Franz, Gottf., Einseher, 7. Freigang, Max, Tischler, 8. Geng, Hermann, Badentischer, 9. Große, Wilh., Pianomechaniker, 10. Hanfen, Georg, Tischler, 11. Hirse, Wilh., Kaminarbeiter, 12. Hirsing, Armin, Maschinenarbeiter, 13. Horn, Fritz, Tischler, 14. Jergang, Otto, Korbmacher, 15. Leopold, Richard, Tischler, 16. Lomad, Franz, Tischler, 17. Meeresitz, Paul, Bauhauer, 18. Meersbach, Fritz, Tischler, 19. Meier, Karl, Bauhauer, 20. Reiden, Heinrich, Tischler, 21. Baschehr, Gustav, Stellmacher, 22. Richter, Karl, Stodarbeiter, 23. Rung, Albert, Tischler, 24. Schloffer, Otto, Maschinenarbeiter, 25. Schmalbach, Richard, Bürstenmacher, 26. Thomas, Frau Helene, Vergolderin, 27. Zwick, Paul, Drechsler.

Genossen! Sorgt dafür, daß alle Betriebe und Kollegen an der Wahl teilnehmen und für die 27 freigewerkschaftlichen Kandidaten, die Anhänger der

Amsterdamer Internationale

stimmen. Wer an der Wahl nicht teilnimmt, arbeitet für die Kommunisten, die auch jetzt wieder dabei sind, die Arbeiterschaft in ausföhrlose und eiferreiche Agitationsstreiks zu drängen. Die komagnitische Vorherrschafft im Verbands muß ein Ende haben. Streicht deshalb auf dem Stimmzettel des Verbandes alle Namen außer den oben angegebenen. Agitiert unter den anderen Kollegen. Kontrolliert nach der Wahl die Mitgliedsbücher.

Die SPD-Fraktion.

Ein Prinzipienfest.

Der Streik bei den Handwerkern in Beverfusen sollte von den Kommunisten bekanntlich zu einer großen Aktion gemacht werden, brach aber gerade infolge der kommunistischen Taktik zusammen. Die Folge des Streiks waren Entlassungen. Unter den Entlassenen befand sich auch das Betriebsratsmitglied Urech, das als ein echter Kommunist hervortragend an dem Streik beteiligt war. Jetzt, da Urech auf der Straße sitzt, lehnt die Reue bei ihm ein. Um jeden Preis verliert er, aus sehr begrifflichen Beweggründen heraus, wieder Arbeit zu erhalten. In einem Brief an die K. G. Stützoldinger in Knaplad sind folgende Stellen enthalten:

„... Als Familienvater der großen Familie, welche hier in Knaplad festsetzt, und fast gar keine Möglichkeit findet, irgendwo eine Existenz zu finden, kann ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, auf einem Standpunkt zu verharren, welcher zur Verschärfung der gesellschaftlichen Gegensätze immer mehr beiträgt. Aus diesem Grunde und gleichzeitig wegen fortgesetzter und unberechtigter Angriffe einer politischen Tageszeitung habe ich am Dienstag, den 1. März d. J., meinen Austritt aus der politischen Partei erklärt. Mit diesem Schritt habe ich so lange gewartet, bis die Situation für jeden Teilnehmer im Streik geklärt war.“

„Ich trete nunmehr mit der Bitte an die Direktion heran, mich als betriebstechnisch notwendigen Arbeiter (ein gelernter Schlosser) als Reparaturschlosser in irgendeinem Betriebe einzustellen und verpflichte mich hierdurch, meine Arbeiten mit Fleiß und Genauigkeit auszuführen. Auch soll es fortan mein Bestreben sein, allen sich zeigenden unsäueren Görungen mit aller mir zu Gebote stehenden Energie entgegenzutreten.“

„Da meine Familie zurzeit zusammengebrochen ist, eruche ich hierdurch höflichst, mein Bemerzungsschreiben mit einem bejahenden Bescheid zu beantworten.“

Wir wissen, daß auch ein Kommunist arbeiten muß, wenn er mit seiner Familie leben will, aber wir haben angenommen, daß alle Mitglieder der KPD. auch in der schlimmsten Zeit an ihrer Ueberzeugung festhalten und daß weder Hunger noch Kälte vermögen, eine Gesinnungsänderung bei ihm herbeizuführen, was sie immer so an ihren russischen Genossen bewundern. Man steht aber, daß es auch andere Kommunisten gibt, und zwar nicht wenige.

Angestellten-Betriebsräte!

Freigewerkschaftlich organisierte Angestellte, die jetzt als Betriebsräte neu gewählt werden, haben nach wie vor ihre Meldungen einzig und allein der Geschäftsstelle des Ortsrats der Afa-Verbande, Berlin des Afa-Bundes, Pellenz-Strasse 7-10, zu übermitteln. Wünschenswert ist es, daß dieser Meldung eine Gesamtaufstellung des neuen Betriebsrats mit Organisationsbestimmung beigefügt ist. Die bei der bezeichneten Geschäftsstelle eingehenden Meldungen der Betriebsräte können nur erledigt werden, wenn diese Meldungen den genauen Namen, die Privat- und Betriebsadresse, sowie die Organisationszugehörigkeit enthalten. Nur nach genauer Prüfung erfolgt erst die Ausstellung der Legitimationskarten. Betriebsratsmitglieder, die bei ihren Verbänden die statutenmäßigen Beiträge nicht entrichtet haben, können Aufnahme nicht erhalten. Jeder Betriebsrat, der einer freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisation angehört, sorgt dafür, daß nach den vorstehenden Angaben verfahren wird.

Afa-Bund, Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale
Ortsrat Groß-Berlin, für den Wirtschaftsbereich Groß-Berlin.
Platau, Liebestind. J. A. Guiard.

Bahnarbeiter als Streikbrecher?

Seit dem 15. März befinden sich die Möbeltransportarbeiter im Streik. Es handelt sich um die Abschaffung des Fringeldes. Am Montag wurde eine Kontrollliste mitgeteilt, daß in Birkenwerder zwei Möbelwagen an die Firma Gustav Knauer, Berlin, von dem Bahnbetriebsvergnemann in Silesenwerder unter Mithilfe von Bahnarbeitern entladen werden sollten. Es wurden fünf Streikende nach dort, um sich von der Wahrheit zu überzeugen. Die beiden Wagen sind wirklich unter Aufsicht von zwei bewaffneten Gendarmen und unter Mithilfe von zwei Bahnarbeitern entladen worden. Die Bemühungen, den zuständigen Bahnbetriebsrat zu ermitteln, waren erfolglos. Angeblich soll es sich bei den Streikenden um organisierte Leute gehandelt haben. Die Streikenden erwarten, daß alle Arbeiter straffe

Disziplin und Solidarität zeigen und nicht um einige Mark Judaslohn ihre Klassenossen verraten.

Eine Versammlung der streikenden Handelsreisenden nahm Mittwoch den Bericht Vollmeiers von den Verhandlungen mit dem Schlichtungsausschuß entgegen. Die Arbeitgeber wollten für die Verheirateten eine kleine Lohnzulage gewähren. Da die Streikenden die Anerkennung des Schlichtungsbeschlusses verlangten, lehnten die Vertreter der Arbeitnehmer diesen Vorschlag ab. Am Dienstag haben die Arbeitgeber dem Schlichtungsausschuß mitgeteilt, daß sie den Schlichtungsbescheid ablehnen und keine Einigungsvorschläge machen können, bevor die Arbeit nicht aufgenommen ist. Dieses Vorgehen der Arbeitgeber veranlaßte die Streikleitung, auch die Mächter aus den Betrieben zurückzuziehen. Die Stimmung unter den Streikenden ist nach dieselbe wie am ersten Tage. Eine Anzahl Firmen hat bereits die 15 Proz. Aufschlag auf die Tariffrage bewilligt. Die Streikenden sind fest entschlossen, den Kampf bis zum Erfolg durchzuführen. Nach der Versammlung zogen die Streikenden in einem langen Zuge an den Warenhäusern Berthelm und Tich vorbei. Allgemeines Aufsehen und Heiterkeit erregte eine große Holztafel, auf welcher die Kündigungs-schreiben, die die Streikenden von ihren Firmen erhalten haben angeheftet waren. Am Alexanderplatz löste sich der Zug in vollster Ordnung auf.

Die Tarifverhandlungen für die Angestellten des Einzelhandels fanden am 22. d. M. statt. Der Arbeitgeberverband hatte den Zentralverband der Angestellten mitgeteilt, daß er lediglich in der Lage sei, über eine Verlängerung des gegenwärtig bestehenden Tarifes zu verhandeln, weitergehende Forderungen müßte er ablehnen. Darauf erklärte der Vertreter des Zentralverbandes, daß er die Verhandlungen als gescheitert ansehe. In einer gut besuchten Versammlung nahmen die Angestellten am gleichen Tage Stellung zur Sachlage. Vollmeier vom Deutschen Transportarbeiterverband berichtete über den Stand des Streiks der Handelsreisenden. Die Versammlung brachte in einer einstimmig angenommenen Entschlußung die Sympathie mit den streikenden Hilfsarbeitern zum Ausdruck. Publig vom Zentralverband berichtete über die Tarifverhandlungen und kennzeichnete insbesondere das Verhalten der Arbeitgeber in der Frage der geforderten Lohnzulagen. Er forderte die Anwesenden auf, sich bereit zu halten, um jeder Zeit der Parole der Gewerkschaften entsprechend in den Kampf treten zu können. Die Versammlung bekundete durch ihren Beifall, daß sie gewillt sind, den Kampf aufzunehmen. Es liest im Interesse der Angestellten, sich genau nach der Parole der Gewerkschaft zu richten, weil nur dadurch die geschlossene Durchführung des Kampfes gewährleistet wird.

Ueber den Schlichtungsbescheid für die Angestellten der Berliner Metallindustrie referierte in einer Versammlung der Funktionäre und Betriebsräte des Afa-Bundes Platau. Vor allem wurde darauf hingewiesen, in welcher die Angelegenheiten gefährdenden Weise der gelbe Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände und der ihm verbundene Gewerkschaftsbund der Angestellten bei dieser Lohnbewegung der freigewerkschaftlich organisierten Angestellten in den Rücken zu fallen veruchten. Nach bekanntem Muster zeigten sie sich auch hierbei wieder als die dienfertigen Freunde der Unternehmer, deren Wünsche gewissermaßen „vorausnahmen“ und deshalb die Lohnsätze für die Angestellten nicht kündigt. Der Schlichtungsbescheid unter den abwechselnden Umständen einen vollen Erfolg für den Afa-Bund natürlich nicht bringen, seine Anträge sind nur insofern berücksichtigt worden, als tatsächlich die bei den letzten Schlichtungsbescheid ausgefallenen Gruppen Erhöhungen bekommen haben.

Die Funktionäre und Betriebsräte nahmen den Schlichtungsbescheid an, über den nunmehr auch noch in den Betrieben abgefragt werden soll. Im Laufe dieser Woche wird sich auch der Verband Berliner Metallindustrieller über die Annahme des Schlichtungsbescheides zu entscheiden haben.

Verbindlich erklärter Tarifvertrag. Der Nachtrag vom 9. Dezember 1920 zum Tarifvertrag vom 20. September 1920 für die Angestellten des Afa-, Galanterie- und Spielwaren-Großhandels für die Einheitsgemeinde Berlin mit Wirkung vom 1. Dezember 1920 wird für allgemein verbindlich erklärt. Näherer Auskunft erteilt der Zentralverband der Angestellten, Bedenkensfrei, 7-10.

Die Sitzung des Schlichtungsausschusses von Groß-Berlin fällt in diesem Monat aus.

Afa-Bund, Ortsrat Groß-Berlin, unsere Geschäftsstelle bleibt von Donnerstag bis Dienstag 10 Uhr geschlossen.

Verband der Verkäufer und Kassierinnen. Die für den 28. März anberaumte außerordentliche Generalversammlung findet nicht statt. Der neue Termin wird nach bekanntgeben. Sonnabend ist das Bureau geschlossen. Dienstag wie sonst geöffnet.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Dr. Werner Bitter, Charlottenburg; für den Druck: H. Weste, Berlin; Verlag: Verlags-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Buchverlag u. Verlagsbuchhandlung Paul Finow u. Co., Berlin, Unter den Eichen zwei Heiligen und Unterhaltungsbeilage „Bismarck“.

Seine Bremer Zigarren für 75 Pfennig

liefert die rühmlichst bekannte Zigarrenfabrik Ernst Wente & Co. (gegr. 1897), Bremen 72, in 8 Qualitäten: Sumatra-Gobana, leicht, Manila-Cuba, mittel, und Groß, kräftig. Mittelsgr. mod. Formen. Probekisten mit je 50 St. M. 87.50 frei Haus. Jeder Besteller wird sich den lobenden Urteilen vieler tausend Raucher anschließender Nichtgefallendes wird zurückgenommen. Ausländische Postfranco

Fische

- Heringe große grüne Stral- 250
- Kabeljau ohne Kopf, in ganz. 150
- Brat-Schellfisch .Pfd. 220
- Lebende Hechte Pfd. 1200
- Lebende Karpfen Pfd. 1350
- Lebende Plötzen Pfd. 380
- Leb. Schleie große, Pfd. 1400

Landeier Stück 1³⁵

Margarine 9²⁵
Pfd. 9⁵⁰ 1-Pfd.-Pak. 9⁵⁰

Räucherwaren

- Bücklinge Pfd. von 2⁹⁰
- Sprotten Pfd. 4⁸⁰
- Fludern Pfd. 4⁰⁰
- Lachsheringe geräuchert Stück 150

Lebensmittel

Frisches Fleisch

- Kalbskamm Pfd. 10⁵⁰
- Kalbsbrust Pfd. 10⁵⁰
- Kalbsnierenbraten 11⁵⁰
- Kalbskeule im ganz., Pfd. 11⁵⁰
- Schweine-Kamm u. Schuff 16⁰⁰
- Schweine-bauch und Blatt 16⁰⁰
- Schmorfleisch m. Kn., Pfd. 13⁰⁰
- Gehacktes Rind- u. Schweinefleisch Pfd. 13⁰⁰

Wurstwaren

- Zwiebelleberwurst 11⁰⁰
- Rotwurst Pfd. 11⁰⁰
- Landleberwurst Pfd. 19⁰⁰
- Fleischwurst Pfd. 19⁰⁰
- Mettwurst grobe Pfd. 21⁰⁰
- Schinkenwurst Pfd. 26⁰⁰
- Mausschinken ca. 1 1/2 Pfd. schwarz, Pfd. 25⁰⁰
- Schinkenspeck 1. Stück v. 1 1/2 Pfd. 25⁰⁰

Pastetenleberwurst Hallesche, Pfd. 16⁰⁰ Teewurst Pfd. 24⁰⁰

Besonderes Angebot Rindertalg ausgelesen, 1 und 2 Pfund abgewogen Pfund 8⁵⁰

Im Erfrischungsraum: Osterstollen.... Stück 8⁰⁰

A. Wertheim

Konserven

- Ölsardinen 1/2 Dose 26⁷⁰
- Ölsardinen 1/2 Dose 14⁹⁰
- Ölsardinen 1/4 Clubdose 6⁵⁰
- Ölsardinen 1/4 Dose, flach 6¹⁵
- Frühstückszungen... 4⁶⁵
- Ochsenchwanz Dose 8⁰⁰
- Entrée (Schweinefl.m.Bohn.) 3³⁵
- Nordseekrabben gesch. Dose 7⁷⁵
- Heringe in Brühe.... Dose 6⁵⁰

Leberwurst 3⁵⁰

Blutwurst 4²⁵
2-Pfund-Dose 4

Gemüse, Früchte

- Kokosnüsse gerieb., Pfd. 14⁰⁰
- Ursatz für Mandeln
- Blumenkohl ...Kopf von 2⁵⁰
- Schwarzwurzeln Pfd. 1⁸⁰
- Zitronen 3 Stück 1⁰⁰
- Blutapfelsinen St. 80 Pf. 1¹⁰